

urgewald



„It’s all about GOGEL“

Tätigkeitsbericht 2021

Inhalt

Vorwort	03
Weltweite Sichtbarkeit – Ein Jahresüberblick im Spiegel der nationalen und internationalen Medienberichterstattung	05
Aus den Kampagnen	
Global Coal Exit List (GCEL)	11
Global Oil and Gas Exit List (GOGEL)	14
Energieversorger	17
Öffentliche Finanzinstitutionen	22
Deutsche Finanzinstitutionen	25
Versicherungen	28
Weltbank und andere Entwicklungsbanken	31
China	36
Rüstung	41
Verbraucher*innen und Transformationskampagne	45
Finanzbericht	
Bilanz	48
Einnahmen und Ausgaben	49

Impressum Andrea Soth (verantwortlich)
Geschäftsführerin Finanzen des urgewald e.V.

Durchwahl: 02583 30492-10
Mail: andrea@urgewald.org
Redaktion: Alina Hilzinger

urgewald
Von-Galen-Straße 4
D-48336 Sassenberg
Tel. 02583 30492-0
Fax 02583 30492-18

Vorwort

„It’s all about GOGEL“

Auf dem Jahr 2021 lasteten große Erwartungen, um im Kampf gegen den Klimawandel aufzuholen, was 2020 und all die Jahre davor nicht erreicht wurde. UN-Generalsekretär António Guterres sagte noch im Mai: „2021 must be the year for climate action – ‘the make it or break it year’“.

Für urgewald drehte sich 2021 dementsprechend alles um die GOGEL – unsere neue „Global Oil & Gas Exit List“. Wir präsentierten sie auf der COP26 in Glasgow der Weltklimakonferenz als erschreckende „Who is Who“ der Öl- und Gasindustrie. Die GOGEL ist ein „scharfes Schwert“, um gegen die Verursacher des Klimawandels vorzugehen. Sie deckt auf, dass über 90% der Unternehmen auf unserer Liste schier unfassbare Expansionspläne verfolgen. Die Branche hat keine nennenswerten Pläne für den Ausstieg aus den Fossilen und wird, wenn man sie nicht stoppt, unseren Planeten buchstäblich verheizen. Mit GOGEL wollen wir von urgewald unseren Beitrag dazu leisten, die Öl- und Gasindustrie in ihrer Skrupellosigkeit aufzuhalten – indem wir an einer ihrer wichtigsten Ressourcen ansetzen: Geld von Banken und Investoren sowie Rückendeckung von Versicherungen. Sie sind die Hauptzielgruppe von GOGEL. Wir reden hinter den Kulissen mit den Finanzinstituten, damit sie die Öl- und Gasindustrie als Kunden meiden bzw. vollständig ausschließen – und falls nötig erhöhen wir den Druck durch öffentliche Proteste. *Erfahren Sie mehr auf [Seite 14](#).*

„Ja, und was ist mit China?“ Ein Satz, der in Diskussionen und Podiumsdiskussionen häufig fällt. Wir haben mit Dr. Nora Sausmikot im Team eine ausgewiesene Expertin bei urgewald, die Chinas Rolle im Klimaschutz und in der internationalen Entwicklungsfinanzierung beobachtet und einordnet. Wir informieren und adressieren Forderungen an die Bundesregierung, damit sie sich für Klimaschutz und höchstmögliche Umwelt- und Sozialstandards bei der Interaktion mit China einsetzt. *Hier können Sie sich weiter informieren: [Seite 36](#)*

Meine Kollegin Regine Richter war 2021 Mitglied im „Sustainable Finance Beirat“ der Bundesregierung, einem Gremium, das die Regierung entlang des „Leitbildes der Finanzstabilität und der Nachhaltigkeit dabei unterstützen soll, Deutschland zu einem führenden Sustainable Finance Standort zu entwickeln“. Außerdem verantwortet sie einen Arbeitsbereich, der nur selten im Rampenlicht steht – öffentliche Finanzinstitutionen in Deutschland und Europa, sowie Exportversicherer. Kaum jemand kennt sie, doch haben diese Institutionen massive Auswirkungen auf das Leben von Millionen von Menschen. Deshalb wird urgewald nicht müde, sie zu Trans-

parenz und der Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards anzutreiben. *Lesen Sie mehr hier: [Seite 22](#).*

Ein Lesetipp sind unsere Veröffentlichungen 2021. Sie geben einen tieferen Einblick in die urgewald-Arbeitsbereiche und entstehen oft in Zusammenarbeit mit Partnern: Studien und Briefings zur Kohleindustrie, zu Öl- und Gasunternehmen, zu Rüstungsexporten oder Lieferketten. Alle Publikationen sind zum Bestellen oder zum Download auf der Webseite erhältlich: urgewald.org/publikationen

Ich persönlich bin sehr beeindruckt von unserem Medienspiegel. Was unser kleines Medienteam im Laufe eines Jahres an Berichterstattung initiiert und begleitet, ist wirklich außergewöhnlich. Ich weiß ja, wie oft ihre Köpfe rauchen und wie viel Arbeit dahintersteckt. *(Am besten überzeugen Sie sich selbst auf [Seite 5](#)).*

Mit neuen Projekten und großen Aufgaben ist urgewald wieder gewachsen. Insgesamt haben wir unser Team um elf Kolleg*innen erweitert – das ist der größte Zuwachs in einem Jahr bisher ... Deshalb soll die 2019 gegründete urgewald Stiftung dabei helfen, die Arbeit von urgewald e.V. längerfristig abzusichern. Mit einem Grundstock- und einem Verbrauchsvermögen ist sie ein „Hybrid“ und ergänzt die für den Verein eingeworbenen Spenden und Fördermittel. Durch das Verbrauchsvermögen kann sehr schnell Wirkung erzielt werden, während Erträge aus dem „ewigen Kapitalstock“ langfristig zur Verfügung stehen. Das Stiftungskapital wird dabei nach strengsten ethischen Grundsätzen angelegt. Wir freuen uns über fünf neue Stifter*innen in 2021! *Lesen Sie mehr auf [Seite 48](#).*

Wir können uns sehr glücklich schätzen, dass unsere Spender*innen uns auch 2021, im zweiten Pandemiejahr, nicht im Stich gelassen haben. Sie haben uns wieder einmal in schwierigen Zeiten gezeigt: Wir stehen das gemeinsam durch! Dafür möchten wir Ihnen ganz besonders danken.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihre



Andrea Soth
Andrea Soth

Weltweite Sichtbarkeit: ein Jahresüberblick im Spiegel der nationalen und internationalen Medienberichterstattung ...

von Denis Schimmelpfennig

Es gibt verschiedene Wege, sich einen Eindruck vom urgewald-Jahr 2021 zu verschaffen, z. B. durch einen Blick auf die Zahlen ([ab Seite 48](#)) oder in die Berichte über die verschiedenen Kampagnen. Dieser Überblick geht einen anderen Weg und erzählt das urgewald-Jahr anhand von Auszügen (sic!) der Berichterstattung in nationalen und internationalen Medien. In der papierlosen pdf-Version des Jahresberichts verbergen sich hinter den eingefärbten Verweisen die Hyperlinks zu den digital verfügbaren Quellen. Klicken Sie gerne mal rein! Wir wünschen Ihnen ein interessantes Jahr im Spiegel der Medienberichterstattung.

Ein Jahr nachdem Investorgigant Blackrock angekündigt hatte, Nachhaltigkeit zum Fokus seines Geschäftsmodells zu machen, schauten wir uns an, was von dem Versprechen übrig geblieben war. Unsere Studie kam zu dem Schluss: Die neue Richtlinie hatte das Geschäft des Vermögensverwalters kaum beeinflusst. Blackrock hielt noch immer Anteile an Kohlefirmen im Wert von mindestens 85 Milliarden US-Dollar. Nur 17 % der globalen Kohleindustrie wurden von der Richtlinie erfasst. Unsere Analyse trat eine Welle von Berichterstattung los. Der britische [Guardian](#), die [Financial Times](#), [Bloomberg](#), die [Süddeutsche Zeitung](#), das [Handelsblatt](#), der [Deutschlandfunk](#) und viele andere Medien griffen unsere Kritik auf. Die ernüchternden Fakten führten schließlich auch dazu, dass die EU über neue Regeln zur Verhinderung von Interessenkonflikten beriet, wie der Guardian im April berichtete. Zuvor hatte die Europäische Kommission ausgerechnet den US-Investor beauftragt, neue Umweltregulatorien für Banken zu erarbeiten.

Im Januar deckten wir auch auf, dass zahlreiche deutsche Finanzdienstleister durch Kredite und Investitionen weiterhin am Bau von Kernwaffen beteiligt sind. Vor allem Deutsche Bank, Commerzbank, DZ Bank und BayernLB haben Atomwaffenherstellern wie BAE Systems, Airbus und/oder Honeywell seit 2018 Kredite gewährt. Über die Untersuchung berichtete unter anderen die [Badische Zeitung](#).

Was der größte CO₂-Emittent Europas, Kohlekonzern RWE, von der Energiewende hält, machte er erneut im Februar deutlich. Noch im Jahr 2015 hatte RWE in den Niederlanden ein Kohlekraftwerk ans Netz gebracht, vier Jahre bevor die Niederlande den Kohleausstieg bis 2030 beschlossen. Gegen dieses Gesetz klagt RWE und will eine „Entschädigung“ in Milliardenhöhe erreichen. Verhandelt wird vor



*Ein technischer Hinweis:
Mit wachsendem Abstand zum
Jahr 2021 wird der eine oder
andere Verweis ins Leere laufen,
weil Inhalte nicht mehr online
verfügbar sind. Dies ist unver-
meidlich, Sie erhalten dann
i. d. R. eine Fehlermeldung.
Zum Redaktionsschluss waren
alle verwendeten Meldungen
noch verfügbar.*

einem Schiedsgericht auf Grundlage des Energiecharta-Vertrags. Unser Vorwurf der Verantwortungslosigkeit und die Forderung, die Klage zurückzunehmen, wurde von der [taz](#), dem [Handelsblatt](#), der [Frankfurter Rundschau](#) und [Klimareporter](#) verbreitet. Zudem schrieb urgewald-Campaigner Sebastian Rötters zusammen mit Kathrin Henneberger einen Gastbeitrag für [Der Freitag](#), in dem er für die Abschaffung des Energiecharta-Vertrags plädierte. Im April klagte dann auch Energiekonzern Uniper wegen seines Kohlekraftwerks Maasvlakte. Unsere Vermutung, Mutterkonzern Fortum wolle die Fehlinvestitionen Unipers nun mit Steuergeldern kompensieren, wurde von der [taz](#) und [Klimareporter](#) aufgegriffen.

Über das Scheitern der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), ein Tochterunternehmen der staatlichen KfW Förderbank, im Kongo berichteten wir gemeinsam mit mehreren NGOs. Dort führt die Finanzierung eines Palmölunternehmens seit Jahren zu Landkonflikten und Menschenrechtsverletzungen. Das [nd](#) konfrontierte die DEG mit unserem Befund, die Bank jedoch will an ihrem Kurs festhalten.

Unsere große Finanzrecherche zur Kohleindustrie zerstörte Ende Februar jegliche PR-Versuche von Finanzinstitutionen weltweit, sich selbst einen grünen Anstrich zu geben. Erstmals konnten wir einen Einblick in das volle Ausmaß geben, in dem Banken und Investoren trotz Klimaschutzzusagen Kohleunternehmen unterstützen. Seit der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens haben Finanzakteure mehr und mehr Geld in den klimaschädlichsten Energieträger gesteckt. Dutzende Medien, von der [Financial Times](#) über [CNN](#), [Huffington Post](#) bis zum [Handelsblatt](#) und der [taz](#), berichteten über Wochen über die erschreckenden Zahlen. Insbesondere US-Investoren wie Blackrock und Vanguard, aber auch japanische und chinesische Banken gerieten in den Fokus, da sie bei Investitionen, Krediten und Underwriting für die Kohleindustrie global vorne liegen.

„Nach der Kohle kommt das Gas“ titelte die [FAZ](#) am 14. März und bezog sich damit auf eine neue urgewald-Studie. Wir hatten herausgefunden, dass große europäische Versicherer, darunter Allianz, Talanx und Munich Re, große Flüssiggasanlagen in Polen, Belgien und Frankreich unterstützen. Gas, insbesondere in Form von Flüssiggas (LNG), ist extrem klimaschädlich. Fossiles Gas besteht fast vollständig aus dem Treibhausgas Methan, das über einen Zeitraum von 20 Jahren einen 86-mal stärkeren Klimaeffekt hat als CO₂. Die Klimaverpflichtungen der Versicherungskonzerne konzentrierten sich bisher vor allem auf Kohle. Sie müssen sich aber auch auf Gas und Öl beziehen, wenn sie ernst genommen werden sollen. Auch die [Frankfurter Rundschau](#), [Klimareporter](#) und [Branchenmedien](#) berichteten über die Studie.

Im März veröffentlichten wir auch eine Umfrage unter Gasunternehmen, in der wir gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe fragten, inwieweit die Firmen über ihre Methanemissionen Bescheid wissen und welche Maßnahmen sie ergreifen, um Leckagen zu unterbinden. Das Ergebnis: Kaum eine Firma nimmt konkrete Messungen vor,

geschweige denn hat sie Strategien, die Emissionen zu senken. [Bloomberg](#) berichtete international darüber.

Ein Dossier über die Verwicklung von Airbus mit Autokraten und Kriegsparteien, das wir zusammen mit Terre des Hommes und Stop Wapenhandel zur Hauptversammlung des Konzerns erstellt hatten, machte im April die Runde. „Airbus ist zum Lieferanten von Fluchtursachen geworden“ – dieses Zitat unseres Campaigners Niels Dubrow schaffte es zum Beispiel in die [taz](#). Daneben gab es Artikel in [Neues Deutschland](#) und [Junge Welt](#).

Schlechte Noten in Sachen Klimaschutz verteilten wir mit unserer Partnerorganisation Reclaim Finance für Vermögensverwalter auf der ersten Rangliste dieser Art. Mit der Allianz, DWS und Deka Investment schnitten deutsche Geldhäuser besonders schlecht ab: Schon beim Ausschluss der besonders klimaschädlichen Kohleindustrie versagen sie. Die Daten stießen auf internationales Interesse bei der [Financial Times](#) sowie den französischen Medien [Les Echos](#) und [Le Figaro](#).

Im April schrieb [Klimareporter](#) über die von urgewald initiierte Banktivist*innenbewegung, die sich aus unserer Kampagne „Banks Against Future“ entwickelt hat. Unter diesem Vorzeichen standen auch die Proteste und die Kritik an der Commerzbank ([taz](#)) und der Deutschen Bank ([Financial Times](#), [Zeit](#), [Handelsblatt](#), [Süddeutsche](#)), die wir zum Teil gemeinsam mit Fridays for Future organisierten bzw. formulierten. Im August mündete die Kritik in große Streiks gegen den Bankensektor, wie die [FAZ](#) und [Frankfurter Rundschau](#) berichteten.

Im Mai verschärfte die Allianz ihre Kohlerichtlinie und wird künftig auch teilweise die Ölsandindustrie ausschließen. Unsere Analyse der neuen Regeln, nach denen der Kohlekonzern RWE nicht mehr versicherbar ist, wurde nicht nur vom [Handelsblatt](#) und deutschen [Branchenmedien](#) besprochen, sondern auch international wie etwa in [Insurance Business](#). Das Lob für die Allianz mussten wir im Juli allerdings gleich wieder relativieren, denn Konzerntochter Allianz Global Investors veröffentlichte zwar eine erste, jedoch völlig unzureichende Kohlerichtlinie. In Hochkarätären wie dem [Wall Street Journal](#) und [Bloomberg](#), aber auch im Handelsblatt, konnten wir die Ankündigung des Vermögensverwalters entzaubern: Kohlegiganten wie Glencore, Anglo American oder BHB Billiton und auch RWE bleiben für AGI investierbar. Die Allianz ist im Juli auch Gründungsmitglied der UNEP Net Zero Insurance Alliance (NZIA). Die Zielsetzung der NZIA, sich am 1,5°-Pfad auszurichten, begrüßten wir zwar, doch forderten wir, den Worten auch Taten in Form von Ausschlüssen für neue Öl- und Gasprojekte folgen zu lassen. Dies floss in die Berichterstattung von [NTV](#), der [Deutschen Welle](#), des [ORF](#), der [taz](#) und weiteren Medien ein.

Als eher enttäuschend bezeichnete unsere Finanzexpertin Katrin Ganswindt die neue Kohlerichtlinie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) gegenüber dem [Handelsblatt](#): Absolute Schwellenwerte, ein Kohleausstiegsplan bis 2030 und ein Ausschluss von Firmen, die Kohleminen und -infrastruktur ausbauen, fehlen. Zudem will die Bank ihren Schwellenwert für deutsche Bestandskunden bis 2030 lediglich auf 25% des Kohleanteils am Gesamtgeschäft senken. In Folgeartikeln, ebenfalls im Handelsblatt ([August](#), [September](#)), analysierten wir die Kohlerichtlinien deutscher Banken (Deutsche Bank, Commerzbank, DZ Bank, Landesbanken). Fazit: lasche Selbstverpflichtungen, langsamer Ausstieg.

Gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe zeigten wir in einem Bericht im September auf, wie die deutsche Bundesregierung die internationale Energiewende durch Bürgschaften für Öl- und Gasprojekte sabotiert. Im Zeitraum 2015 bis 2021 bewilligte sie Exportbürgschaften für Öl und Gas in Höhe von rund 12 Milliarden Euro, darunter auch ein LNG-Projekt auf der russischen Yamal-Halbinsel. Die [taz](#) berichtete darüber.

Im September gab China bekannt, keine neuen Kohlekraftwerke im Ausland mehr finanzieren zu wollen. Bei der Einschätzung dieses Statements war die Expertise unserer Chinaexpertin Nora Sausmikat gefragt, zunächst bei der [tagesschau](#), dann mit frischen Zahlen zur globalen Kohleindustrie aus unserer Global Coal Exit List mit einem Beitrag bei [Third Pole](#), [China Dialogue](#) und schließlich in Artikeln vom [Spiegel](#) und von [Forbes](#). Das mögliche Aus der Bauten im Ausland kann eine echte Chance für Länder in Ost- und Südostasien sein. Das Problem: Etwa ein Viertel der neuen Kohleprojekte soll in China selbst umgesetzt werden.

Zum 20. Mal verlieh das Unternehmen Neumarkter Lammsbräu im Spätsommer seinen Nachhaltigkeitspreis. In der Kategorie „Herausragendes Engagement“ wurde urgewald-Gründerin Heffa Schücking ausgezeichnet ([Mittelbayerische Zeitung](#)). Die Laudatio hielt Fridays for Future-Sprecherin Luisa Neubauer. Eine Auszeichnung – und zwar den Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) – erhielt kurz darauf unser Freund und Partner Vladimir Sliviyak, Gründer der russischen Umweltorganisation Ecodefense. Er kämpft seit Jahren gegen Atomtransporte und den Kohleabbau in seiner Heimat. Aufgrund der äußerst angespannten Lage für Aktivist*innen in Russland befindet er sich derzeit auf unsere Einladung hin in Deutschland – und hier erfuhr er auch von seiner Auszeichnung ([WDR](#), [Westfälische Nachrichten](#)).

Drei Wochen vor Beginn des UN-Klimagipfels in Glasgow präsentierten wir mit dem Update unserer Global Coal Exit List (GCEL) im Oktober erschreckende Zahlen: Von den 1030 auf der GCEL gelisteten Unternehmen planen 503 (49%) noch immer die Entwicklung neuer Kohlekraftwerke, neuer Kohleminen oder neuer Kohletransportinfrastruktur. Nur 50 Unternehmen haben einen Termin für den Kohleausstieg angekündigt – und in einem Drittel der

Fälle ist dieser Termin viel zu spät. Diese Nachrichten schlugen medial hohe Wellen, sowohl international z. B. in [Bloomberg](#), [Le Monde](#) und [Les Echos](#) sowie im österreichischen [Der Standard](#) und [Kurier](#), als auch national in der [tagesschau](#), dem [Handelsblatt](#) und der [Deutschen Welle](#).

Der [SWR](#) berichtete im Oktober von unserer gemeinsam mit dem Netzwerk „Insure Our Future“ veranstalteten Protestaktion in Baden-Baden. Dort forderten wir beim Kongress der Rückversicherer, neue Kohle-, Öl- und Gasprojekte sofort auszuschließen, sowohl in der Direktversicherung als auch bei Rückversicherungspaketen.

Im Versicherungsranking für 2021 schließlich attestierten wir den 30 weltweit führenden Versicherern Fortschritte beim Kohleausstieg, aber Untätigkeit bei Öl und Gas. Nachzulesen war das dann im [Handelsblatt](#) oder auch im [Versicherungsmonitor](#).

Mit zwei weiteren Highlights gingen wir in die Endphase des Jahres 2021. Auf der UN-Klimakonferenz in Glasgow stellten wir die weltweit erste öffentliche, umfangreiche Datenbank zu Unternehmen aus der Öl- und Gasindustrie, die Global Oil and Gas Exit List (GOGEL), vor. GOGEL umfasst derzeit 887 Unternehmen und bildet damit knapp 95 % der weltweiten Öl- und Gasproduktion ab. Nutzer*innen der Datenbank, insbesondere aus der Finanzindustrie, können mit GOGEL die Öl- und Gasfirmen mit den größten Expansionsplänen sowie mit den umstrittensten Formen der Öl- und Gasförderung leicht identifizieren. Platzieren konnten wir das Thema u. a. bei [Le Monde](#), [Der Standard](#), der [Frankfurter Rundschau](#) und dem [Handelsblatt](#).

Seit 2021 ist urgewald Mitherausgeber der „Faire Fonds“-Datenbank. Mit der Integration der GCEL konnte das Portal auf eine neue Qualitätsstufe gehoben und Greenwashing in großem Stil aufgedeckt werden. Die [tagesschau](#) berichtete zunächst exklusiv darüber, andere Medien wie der [Tagesspiegel](#) folgten.



It's all about GOGEL – neben unserem „Leuchtturm“ 2021 können auch alle anderen Kampagnen vielversprechende Erfolge vorweisen. Doch auch die Tiefpunkte gehören zum Résumé eines Jahres dazu ...

2021

Aus den Kampagnen

Global Coal Exit List (GCEL)

von Lydia Kroll

DARUM GEHT ES

Seit ihrer ersten Veröffentlichung in 2017 nutzen Investoren, Asset Manager, Banken und Versicherer die Global Coal Exit List für einen Ausstieg aus der Kohlefinanzierung. Anhand der Liste können Finanzinstitutionen ihren Kohleanteil analysieren und wirkungsvolle Kriterien für ein Kohle-Divestment entwickeln. Die Global Coal Exit List wird jährlich anhand der aktuellen Jahresberichte und Firmeninformationen neu recherchiert. Diese Verlässlichkeit ist wichtig, damit Finanzinstitutionen das Tool in ihre Instrumente und Richtlinien einbauen können. Mit der Global Coal Exit List ist die Bewertung von Klimarichtlinien möglich geworden. Mit ihrer Hilfe kann öffentlich aufgezeigt werden, welche Kohlefirmer im Portfolio verbleiben und warum weiterer Handlungsbedarf für Finanzinstitutionen besteht.



© Daria Nipot, Shutterstock

Schwerpunkt 2021

Im Jahr 2021 haben wir unseren Grenzwert für neue Kohlekraftwerkskapazitäten auf 100 MW herabgesetzt. Damit konnten wir noch mehr neue Projekte erfassen und den Firmen zuordnen. Eine Spezialisierung im Researchteam ermöglichte detailliertere regionale Recherchen. Die GCEL legt ab 2021 ein stärkeres Gewicht auf die Erfassung der Firmenstrukturen. Die Finanzierung des Kohlegeschäfts läuft über verschiedene Wege. Mutterkonzerne, Tochterfirmen oder spezielle Finanzvehikel können für diese verantwortlich sein. Damit auch alle für eine Finanzierung relevanten Teile einer Kohlefirma ausgeschlossen werden können, ist es wichtig, diese zu erfassen und die Eigentumsanteile zu dokumentieren.

Wegen der fortschreitenden Datentiefe und des wachsenden Researchteams arbeiteten wir an einer Datenbanklösung, die über Excel hinausgeht. Dafür wurde ein Konzept entwickelt, mit dem wir verschiedene externe Unternehmen kontaktierten. Wir haben uns dann entschieden, eine Oracle-Apex Datenbank zu entwickeln. Nach einer intensiven Kommunikationsphase über die Anforderungen an

unsere Datenbank konnten wir zusammen mit einem externen Programmierer mit dem Aufbau der Grobstruktur beginnen. Die Feinjustierung und die Einarbeitung aller Anforderungen werden im nächsten Jahr weitergeführt.

Um den Kohleanteil von einigen öffentlichen Finanzinstitutionen zu bewerten, führten wir Portfolioanalysen durch. So analysierten wir wieder das Portfolio des Norwegischen Pensionsfonds.

Erfolge / Fortschritte

Das Interesse an der GCEL stieg im Jahr 2021 nochmals stark an. Bis zum Ende des Jahres haben sich insgesamt 600 Finanzinstitutionen auf unserer coalexit.org Website registriert. Einige Finanzinstitutionen haben die GCEL als Tool für ihr Divestment in ihrer Richtlinie erwähnt. Die französischen Regulierungsbehörden nutzen die GCEL als Instrument, um den Kohleanteil von Finanzinstitutionen in Frankreich zu screenen. In ihrem Bericht heben sie die Bedeutung der GCEL hervor:

„Im Allgemeinen bleiben die Kriterien für die Ausschlusspolitiken sehr heterogen. Die Richtlinien werden jedoch weiter verschärft. Als bemerkenswerte Gemeinsamkeit nutzen immer mehr Vermögensverwalter die Global Coal Exit List (GCEL) der deutschen NGO URGEWALD als Datenquelle (ausschließlich oder ergänzt durch eine andere Quelle) zur Bewertung von Emittenten gegen die in ihrer Richtlinie definierten Schwellenwerte.“¹

Auch in der Richtlinie des viertgrößten französischen Asset Managers Ostrum wird die GCEL öffentlich gelobt: „Die GCEL von Urgewald ist ein leistungsstarkes Informationssystem und spielte eine bedeutende Rolle bei den Bemühungen der Finanzinstitute, neue Kohlerichtlinien zu entwickeln.“

Tiefpunkt 2021

Krankheit und Corona erschwerten insbesondere im ersten Teil des Jahres die Arbeit im Research Team.

Personal

Unser GCEL-Team wurde ab Anfang 2021 durch drei neue Mitarbeiter*innen verstärkt. Durch unser neues Projekt, die Global Oil & Gas Exit List (GOGEL), sind jedoch auch Recherchekapazitäten aus dem Bereich GCEL zur GOGEL verlagert worden.

1 „Second ACPR and AMF's joint report – Sectoral policies and fossil fuel exposure of French financial market participants“ https://acpr.banque-france.fr/sites/default/files/medias/documents/20211103_rapport_sur_le_suivi_des_engagements_-_v_en_-_clean_vf_publi.pdf

Banken- und Investorendialoge

Seit Anfang des Jahres gab es großes Interesse an der GCEL und ihren Kriterien. Wir konnten über 15 Webinare für Finanzinstitutionen halten. In diesen erklären wir die Methodik und die Kriterien, auf denen die GCEL basiert, im Detail. Dies kann ein entscheidender Baustein bei der Entwicklung von neuen Richtlinien und Kriterien für ein Divestment sein.

Auch haben wir runde Tische für Banken organisiert, bei denen wir die GCEL als das Tool für ihr Kohle-Screening vorgestellt haben.

Veröffentlichungen

Im Oktober konnten wir die GCEL 2021 veröffentlichen. Im Vorfeld war die Anfrage nach den neuen Daten seitens der Finanzinstitutionen bereits groß.

Global Oil and Gas Exit List (GOGEL)

von Nils Bartsch

DARUM GEHT ES

Pünktlich zur Klimakonferenz im November 2021 haben wir eine neue Datenbank, die wichtige Informationen zu den weltweiten Geschäftsaktivitäten der Öl- und Gasindustrie bereitstellt, entwickelt. Unsere Global Oil and Gas Exit List (GOGEL) ermöglicht Investoren, den nächsten Schritt des Fossil-Fuel-Divestments und wirksame Kriterien für den Ausschluss von Öl- und Gasfirmen zu implementieren. Denn momentan sind die Öl- und Gasrichtlinien vieler Finanzinstitutionen lückenhaft, wenn sie denn überhaupt existieren. Was ist das Besondere an der GOGEL? Wir stellen den Kennzahlen zu z. B. unkonventioneller Förderung und Expansionsplänen eines Unternehmens Recherchen über einige der schlimmsten Öl- und Gasprojekte zur Seite, an denen Unternehmen auf der Liste beteiligt sind. Banken, Versicherer und Investoren können dann entscheiden, ob sie wirklich ihren Ruf aufs Spiel setzen wollen, indem sie diese Firmen finanzieren. NGOs können anhand der GOGEL prüfen, welche Unternehmen an welchen kontroversen Projekten beteiligt sind. Denn natürlich soll auch die GOGEL als Werkzeug in Kampagnen einsetzbar sein. Nicht zuletzt durch unsere KohleDatenbank GCEL (Global Coal Exit List) haben wir in den letzten Jahren Kontakte zu Banken, Versicherungen und Asset Managern aufbauen können. Nun gilt es, diese schnell davon zu überzeugen, auch die GOGEL aktiv zu nutzen. Die ersten Finanzinstitutionen sind diesen Schritt schon gegangen, darunter der französische Versicherer AXA und der Vermögensverwalter Ostrum. Es bleibt aber viel Luft nach oben.



Schwerpunkt 2021

Fertigstellung der GOGEL: Die GOGEL ist weltweit die erste öffentliche, umfangreiche Datenbank zu Unternehmen aus der Öl- und Gasindustrie. Sie konzentriert sich auf zwei wichtige Teilbereiche der Öl- und Gaswertschöpfungskette: Upstream und Midstream¹ und umfasst 887 Unternehmen, die in diesen Sektoren der Branche tätig sind.

¹ Upstream-Sektor: Erkundung, Erschließung und Produktion von Öl und Gas
Midstream-Sektor: Transport und Lagerung von Öl und Gas

Die GOGEL legt bewusst einen Fokus auf den Ausbau der Öl- und Gasindustrie sowie auf die unkonventionelle Förderung. Sie enthält sechs unkonventionelle Öl- und Gaskategorien:

- Fracking
- Teersande
- Schwerstöl
- Kohleflözgas
- Öl und Gas aus der Arktis
- Öl und Gas aus Tiefstwasserbohrungen²

Dadurch liefert sie Informationen zu Produzenten, die beispielsweise in empfindlichen Gebieten wie der Arktis bohren, umstrittene Fördermethoden wie Fracking anwenden oder Öl- und Gasvorkommen erschließen, die einen besonders großen ökologischen Fußabdruck hinterlassen.

Zusätzlich hebt sie die Beteiligung von Unternehmen an Projekten mit hohem Reputationsrisiko hervor. Dazu gehören Projekte, die gewaltsame Konflikte verschärfen, immense soziale oder ökologische Schäden verursachen oder durch Gerichtsverfahren und den Widerstand von Gemeinden angefochten werden. Sie haben so gravierende Auswirkungen, dass sie ein Reputationsrisiko für die Geldgeber der beteiligten Unternehmen darstellen.

Erfolge / Fortschritte

Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung kündigten wir die GOGEL bei einigen Finanzinstituten an und freuten uns über großes Interesse. So wurde sie von den französischen Finanzaufsichtsbehörden Autorité des marchés financiers (AMF) und Autorité de contrôle prudentiel et de résolution (ACPR) gespannt erwartet. Beide benutzen bereits die Kohledaten der GCEL (Global Coal Exit List) für ihre jährliche Analyse der fossilen Investitionen des französischen Finanzsektors und planen, die GOGEL zukünftig für den Öl- und Gasbereich zu nutzen. Einerseits, um finanzielle Risiken, die mit fossilen Investitionen einhergehen, zu bewerten, andererseits aber auch, da Frankreich die Verantwortung des Finanzsektors zur Bekämpfung der Klimakrise besser erkannt hat, als das in Deutschland der Fall ist. Auch der französische Versicherer AXA und Ostrum, Frankreichs viertgrößter Vermögensverwalter, nennen die GOGEL beide bereits in ihren Öl- und Gasrichtlinien.

Tiefpunkt 2021

Stress vor der Veröffentlichung.

Personal

Mit der Einstellung drei neuer Kolleg*innen in 2021 war das GOGEL-Researchteam geboren, um die Veröffentlichung planmäßig zu bewältigen:

- Mateusz Pietrzela: Research / Geographische Analysen
- Fiona Hauke: Research / Investorenkontakte
- Signe Moe: Research / Reputational Risk Projects / [GOGEL-Website](#)

2 1.500 Meter oder tiefer unter dem Meeresspiegel

Banken- und Investorendialoge

Im Jahr 2021 gab es zum Thema GOGEL über 30 Präsentationen für bzw. Dialoge mit Finanzinstitutionen, darunter Banken, Versicherungen, Asset Manager, Regulierungsbehörden und Zentralbanken. Zusätzlich haben wir unsere Datenbank im Rahmen von Informationsveranstaltungen, die von Industrieverbänden organisiert wurden, präsentiert. Bei solchen Anlässen können wir Dutzende Finanzinstitutionen auf einmal erreichen.

Veröffentlichungen

Die GOGEL wurde pünktlich zur Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow am 04. November 2021 veröffentlicht.

Website: www.gogel.org



Das GOGEL-Team war selbstverständlich vor Ort, um die GOGEL auf der COP26 vorzustellen. Gespannt fieberte das urgewald-Team im Berliner Büro im Livestream mit. Spannend war es in der Tat bis zuletzt. Denn dank endloser Schlangen an den Eingängen zur Klimakonferenz hat das GOGEL-Team fast seine eigene Pressekonferenz verpasst.

Presse-Highlights



'Energy day' at COP26:

Voices call out for an end to use of coal, gas and oil

04. November 2021

Handelsblatt

Trotz Rekordölpreisen: Big Oil geht auf Sparkurs

04. November 2021

Foto des Jahres

Nils Bartsch und Katrin Ganswindt bei der Pressekonferenz in der Blauen Zone auf der COP26. Die Übertragung ist auf dem urgewald youtube-Kanal verfügbar.



Energieversorger

von Sonja Meister

— DARUM GEHT ES

Wir stellen Energiefirmen kritische Fragen zu Kohle, Gas und Öl. Wir machen öffentlichen Druck gegen klimaschädliche Energieunternehmen und Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette. Wir informieren Banken und Investoren über Energieunternehmen. Wir sprechen mit Journalist*innen und der kritischen Öffentlichkeit. Dabei arbeiten wir mit einer Vielzahl von nationalen und internationalen Partnerorganisationen zusammen.

Schwerpunkt 2021

Ein Paris-kompatibler Kohleausstieg und zunehmend Arbeit zu fossilem Gas.

Wir haben Energieversorger wie RWE, EnBW und Uniper / Fortum unter Druck gesetzt, endlich bis 2030 aus der Kohle auszusteigen. Die Energiecharta Klage von RWE und Fortum / Uniper Anfang 2021 gegen das Kohleausstiegsgesetz der niederländischen Regierung war ein Kampagnenschwerpunkt. RWE und Uniper können durch das Gesetz ihre Kohlekraftwerke in den Niederlanden nicht über 2029 hinaus betreiben. Ihre Klagen auf Milliardenentschädigungen für die eigenen klimapolitischen Fehlentscheidungen sind inakzeptabel. Weiter haben wir zum Thema Paris-kompatible Kohleausstiegspläne von Unternehmen eine Studie herausgebracht und Investoren informiert.

Im Laufe des Jahres stiegen wir verstärkt in die Arbeit gegen fossiles Gas ein. So haben wir u. a. mit einer Studie vor der Vollendung und Inbetriebnahme der klimaschädlichen Pipeline Nord Stream 2 und deren geopolitischen Risiken gewarnt. Gemeinsam mit anderen NGOs haben wir begonnen, öffentlichen Druck auf Deutschlands größte Öl- und Gasfirma Wintershall Dea aufzubauen. Wintershall Dea fördert mehr als die Hälfte seines Erdöls und Erdgas in der Arktis. Fast die Hälfte der Produktion findet in Russland statt. Auch bei Fortum / Uniper haben wir vor der Strategie gewarnt, zunehmend auf Gas zu setzen, und auf die klima- und umweltschädlichen Folgen sowie die Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen in der Lieferkette hingewiesen.

Siemens Energy ist zwar kein Energieversorger, liefert aber Turbinen, Schaltanlagen, Kompressoren oder ganze Anlagen und fällt damit im weitesten Sinne in den Bereich der Energieversorger. Vor allem taucht Siemens Energy immer wieder als Lieferant für Kohlekraftwerke (etwa Jawa 9 und 10 in Indonesien), Gaskraftwerke (etwa in Belarus oder Israel) oder LNG Projekte (Mosambik, Arctic LNG2, mehrere LNG Projekte in den USA) auf. Aus Kapazitätsgründen beschränkten wir uns bei Siemens Energy im Wesentlichen auf den Besuch der Hauptversammlung und die Medienarbeit.

Erfolge / Fortschritte Einer unserer Kampagnenerfolge ist, dass der Versicherer AXA an der Entscheidung, sich von RWE zu trennen, festhielt. RWE bezog sich bei Lobbygesprächen auf eine Validierung seines Unternehmens durch die Science Based Target Initiative (SBTi) und verlangte, dass AXA den Beschluss wieder kippt. Unter anderem durch unsere Hintergrundinformationen hielt AXA an der Entscheidung fest, nicht mehr in RWE zu investieren oder RWE zu versichern.

Zu den Energiecharta Klagen von RWE und Uniper haben wir Pressearbeit gemacht, an öffentlichen Aktionen teilgenommen, Investoren informiert und über die klimapolitischen Gefahren des Energy Charta Treaty aufgeklärt. Damit konnten wir dieses Thema erfolgreich in der Öffentlichkeit skandalisieren.

Tiefpunkt 2021 „Zombie-Kohle“: Die Gaspreise am Ende des Jahres 2021 waren bereits im Vorfeld des Angriffs auf die Ukraine sehr hoch. Unter anderem hatte Russland seine Gaslieferungen nach Deutschland und andere Länder verknappt. Damit wurde die Nutzung von Kohle zur Energieerzeugung wieder ökonomisch attraktiv. Trotz aller Fortschritte in Richtung eines Kohleausstiegs 2030 in Deutschland war Kohle im Jahr 2021 der wichtigste Energieträger zur Stromerzeugung in Deutschland und der Anteil des Kohlestroms stieg auf 30,2% (2020: 24,8%).

Das Festhalten der Energiefirmen und der deutschen Bundesregierung an Gas als Übergang zum Ausstieg aus der Kohle war eindeutig ein weiteres Lowlight des Jahres. Urgewald und viele andere NGOs warnten davor, dass Nord Stream 2 ein rein geopolitisches Projekt Russlands und durch das Lock-in von Gasinfrastruktur extrem klimaschädlich ist. Doch keines der an Nord Stream 2 beteiligten Energieunternehmen wie Fortum / Uniper oder Wintershall Dea ließ sich davon abbringen, die Pipeline zu finanzieren. Unternehmen wie Fortum / Uniper, RWE und EnBW setzten für Importe weiter auf das billige russische Pipelinegas. Wie sich jetzt im Ukrainekrieg schmerzlich zeigt, wurde 2021 die verstärkte Abhängigkeit von fossiler Energie aus Russland, aber auch von anderen Ländern mit autokratischen Regimes wie Aserbaidschan vorangetrieben.

Personal Anfang 2021 stieß Sonja Meister zum Team Energieversorger und verstärkt seitdem schwerpunktmäßig zum Thema Gas den Arbeitsbereich.

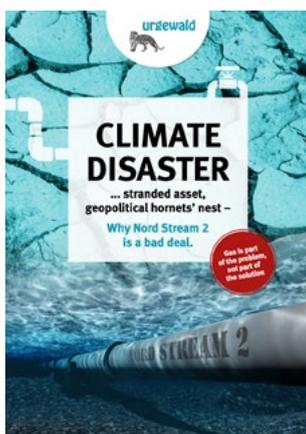
Hauptversammlungen

- Februar 2021: Siemens Energy, Online-HV
- April 2021: Fortum, Online-HV
Wir haben eine Reihe von schriftlichen Fragen, u. a. zum Kohleausstieg, der Klimaklage gegen die Niederlande, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in der Kohle- und Gaslieferkette und dem Gasgeschäft, eingereicht.
- April 2021: Vattenfall, Online-HV
- April 2021: RWE, Online-HV
Hier lag der Fokus auf dem Kohleausstieg in Deutschland, dem Gasgeschäft und der Klimaklage gegen die Niederlande.
- Mai 2021: Uniper, Online-HV
Fragen u. a. zum Kohleausstieg in Deutschland, zur Klimaklage gegen die Niederlande, zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in der Kohle- und Gaslieferkette und zum Gasgeschäft.
- Mai 2021: EnBW, Online-HV

Webinare

- Februar 2021: Webinar AES für Investoren
- März 2021: Webinar Fortum / Uniper für Investoren
- April 2021: Webinar RWE für Investoren
- April 2021: Webinar Nord Stream 2 für Investoren
- Juli 2021: Webinar Wintershall Dea für Aktivist*innen
- September 2021: Input zu Fortum / Uniper bei Rundem Tisch mit finnischen Investoren, gemeinsam mit Reclaim Finance
- Oktober 2021: Webinar zum Report „How to exit Coal“ für Investoren

Veröffentlichungen



Report: Why Nord Stream 2 is a Bad Deal: Climate Disaster, Stranded Asset, Geopolitical Hornet's Nest

Sonja Meister, Lennart Tiller, Ysanne Choksey, Regine Richter

Herausgeber: urgewald e.V.

April 2021

Link: www.urgewald.org/nordstream2-report

Nord Stream 2 war ein rein geopolitisches Projekt, das wegen der rückläufigen Gasnachfrage in Deutschland nie nötig war. Dieses Briefing-Papier gibt einen Überblick über die Beteiligung der Nord Stream 2 AG, des Eigentümers Gazprom und der fünf Finanzierer des Projekts: Wintershall Dea, Uniper, OMV, Shell und Engie. Das Gas für Nord Stream 2 stammt aus Westsibirien. Seine Förderung und sein Transport zerstören die Lebensgrundlage der Jamal-Nenzen, der indigenen Rentierzüchter der Region, die bereits vom Klimawandel betroffen sind.



Wer ist Wintershall Dea? Hintergründe zu Deutschlands größtem Öl- und Gasproduzenten

Lennart Tiller

Herausgeber: urgewald e.V.

Juli 2021

Link: <https://www.urgewald.org/shop/wintershall-dea>

Wintershall Dea plant eine Steigerung seiner Öl- und Gasproduktion um 30 Prozent in weniger als zwei Jahren. Diese Pläne widersprechen fundamental allen bedeutenden Energie- und Klimaszenarien. Statt aus fossilen Brennstoffen auszusteigen und in alternative Sektoren zu investieren, zementiert Wintershall Dea sein fossiles Geschäftsmodell. Gleichzeitig wirbt das Unternehmen in politischen Kreisen für eine verstärkte Abhängigkeit von fossilem Gas und propagiert auf allen Kanälen, dass Gas eine „Brückentechnologie“ auf dem Weg zur Klimaneutralität sei.

Dieses Hintergrundpapier bietet eine sachliche Grundlage für Investor*innen und andere Stakeholder von Wintershall Dea. Es beschreibt und analysiert kurz die Geschäftsstrategie und die mangelnden Klimaambitionen von Wintershall Dea. Zudem stellen wir einige besonders umstrittene Geschäftsaktivitäten vor, die nicht nur klimaschädliche Auswirkungen haben, sondern auch Umweltschäden verursachen und die Gesundheit der Menschen vor Ort gefährden.



Report: How To Exit Coal: 10 Criteria for Evaluating Corporate Coal Phase-Out Plans

Paddy McCully, Sonja Meister

Herausgeber: Reclaim Finance, urgewald e.V.

September 2021

Link: <https://www.urgewald.org/en/shop/how-exit-coal>

Um einen raschen Ausstieg aus der weltweiten Kohleindustrie zu gewährleisten, muss die Finanzindustrie sofort handeln. Einige wenige Finanzinstitute haben Richtlinien verabschiedet, in denen sie von ihren Kohlekunden die Annahme von Ausstiegsplänen verlangen, aber nur wenige Details, wie diese Pläne aussehen sollen. Dieses Briefing gibt Finanzinstituten daher klare Kriterien an die Hand, um die Kohleausstiegspläne ihrer Kunden gründlich zu bewerten und ihre Umsetzung genau zu überwachen.

Presse-Highlights

Frankfurter Rundschau

RWE verklagt Niederlande

05. Februar 2021



„Uniper verklagt Niederlande: Wegen Kohleausstiegs vor Gericht“

21. März 2021

WirtschaftsWoche

„Die rote Linie ist Nordkorea“

06. April 2021

Foto des Jahres

Proteste gemeinsam mit anderen NGOs gegen den Energiecharta Vertrag vor dem Wirtschaftsministerium, Juni 2021



Moment des Jahres

Die persönlichen Momente waren 2021 aufgrund des Corona Lockdowns leider weiter rar. Highlights waren umso mehr Netzwerktreffen wie das Beyond Gas Strategietreffen in Brüssel oder die Aktion mit anderen NGOs gegen den Energiecharta Vertrag vor dem Wirtschaftsministerium. Auch das erste Live-Treffen des ganzen Energieversorgerteams auf der Teamsitzung von urgewald im September war nach mehreren Monaten Onlinearbeit etwas Besonderes.

Öffentliche Finanzinstitutionen

von Regine Richter

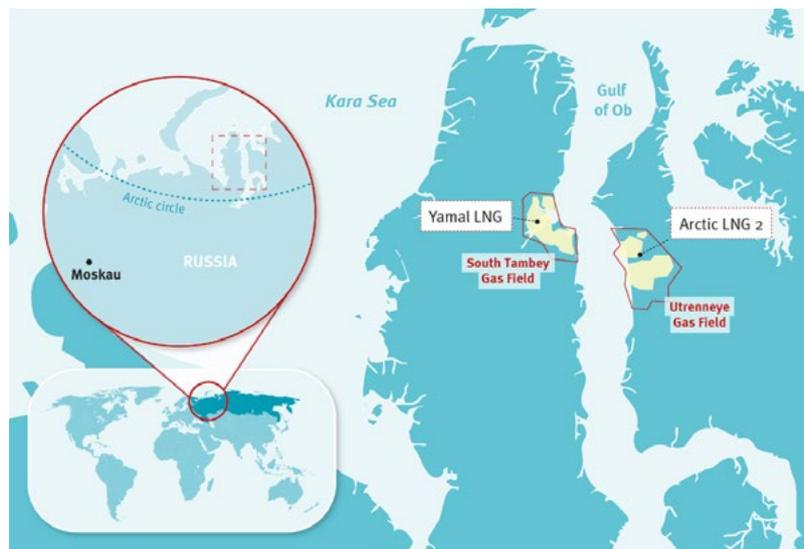
DARUM GEHT ES

Öffentliche Finanzinstitutionen und Exportversicherer funktionieren anders als private Institutionen. Sie achten weniger auf Reputationsrisiken und sind damit schwerer zu bewegen. Gleichzeitig bieten ihre Anteilseigner und Aufsichtsgremien andere Ansatzpunkte, weil es Ministerien oder Regierungen sind, die je nach politischer Konstellation und Interessenlage mehr oder weniger willig sind, die Richtlinien der Institutionen in eine gute Richtung zu bewegen. Die Richtlinien öffentlicher Institutionen haben Auswirkungen auf die Unternehmen, die Geld oder Absicherung von ihnen bekommen. Der Ausschluss von Gasfinanzierung durch die Europäische Investitionsbank (EIB) 2019 etwa hat ein wichtiges Signal gegen den „Gas-als-Brücke Mythos“ gesendet.

Auch aus diesem Grund arbeitet urgewald seit Jahr und Tag an einer Reform der Hermesbürgschaften, selbst wenn das ein sehr dickes Brett ist. Nachdem Atomexporte von Bürgschaften ausgeschlossen wurden und auch Kohleexporte im Wesentlichen nicht mehr abgesichert werden, setzen wir uns dafür ein, dass auch Exporte für Öl- und Gasprojekte ausgeschlossen werden.

Schwerpunkt 2021

Bürgschaften für Öl- und Gasprojekte zu skandalisieren und den Druck gegen eine Hermesbürgschaft für das Arctic LNG 2 Projekt in Sibirien aufrechtzuerhalten.



Fossile Gasunternehmen dringen in eines der empfindlichsten Ökosysteme der Erde ein: die arktische Wildnis. Auf der Halbinsel Jamal in Westsibirien betreiben die Gasunternehmen Novatek und Total ein LNG-Megaprojekt (Flüssiggas). Seit Jahrtausenden lebt dort das indigene Volk der Nenzen im Einklang mit der Natur. Das Yamal-LNG-Megaprojekt bedroht bereits die Lebensgrundlage der Nenzen. Trotz des Schadens, den die Gasunternehmen bereits angerichtet haben, ist ihr nächstes LNG-Projekt auf der gegenüberliegenden Seite der Halbinsel im Gange: Arctic LNG 2.

Nachdem die EIB 2019 mit einer neuen Energierichtlinie die Finanzierung von fossilen Brennstoffen ab Ende 2022 ausschließt, begleiten wir deren Transformation zu einer Klimabank kritisch, damit diese nicht reine Rhetorik bleibt. (Dies aus Kapazitätsgründen nur ganz am Rande).

Erfolge / Fortschritte

Im März 2021 veröffentlichte der Sustainable Finance Beirat, an dem urgeward beteiligt war, seine Abschlussempfehlungen. In ihnen wird die Bundesregierung u. a. dazu aufgefordert, die Bürgschaftsvergabe und öffentliche Kreditvergabe an den Pariser Klimazielen auszurichten sowie das Umweltministerium, das über die Bürgschaftsvergabe entscheidet, in das Gremium aufzunehmen.

Im September 2021 veröffentlichte urgeward gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe eine Broschüre zur massiven Unterstützung von vor allem Gasexporten durch Hermesbürgschaften.

Im November 2021 schloss sich die Bundesregierung einer Initiative auf der Klimakonferenz an, nach der öffentliche Finanzinstitutionen der unterzeichnenden Länder ab 2023 keine fossilen Projekte mehr finanzieren sollen. Dies gilt auch für Exportbürgschaften. Allerdings hat sich die Bundesregierung Ausnahmen für den Bau von Gaskraftwerken ausbedungen. Trotzdem ist dies eine Steilvorlage, um die Bundesregierung wegen fossiler Bürgschaften und Finanzierungen kontinuierlich zu kritisieren und ein Sargnagel in der möglichen Bürgschaft für das klimaschädliche, umwelt- und menschenrechtlich bedenkliche Arctic LNG 2 Projekt.

Tiefpunkt 2021

Die Regierungsbeteiligung der FDP lässt für ehrgeizige klimapolitische Ziele bei Hermesbürgschaften und KfW nichts Gutes hoffen.

Tagungen

- Vorstellung der GOGEL beim Online-Treffen der OECD Arbeitsgruppe zu Exportkreditagenturen und anschließende Diskussion im November 2021.
- Teilnahme an dem jährlichen Treffen der EIB (Management und Verwaltungsrat) mit der Zivilgesellschaft. Online und damit wenig interaktiv, die interessanten Seitengespräche, die über unsere Arbeit informieren, fehlen.

Veröffentlichungen



Klimakrise weltweit – gefördert von Deutschland

Andy Gheorghiu, Regine Richter, Constantin Zerger

Herausgeber: urgewald e.V./Deutsche Umwelthilfe
September 2021

Link: https://www.urgewald.org/sites/default/files/media-files/DUH_urgewald_Klimakrise_o8.pdf

Die Bundesregierung fördert klimaschädliche Öl- und Gasprojekte mit milliardenschweren Bürgschaften. Im Zeitraum 2015 bis Mai 2021 hat die Bundesregierung über die Euler Hermes AG 144 Exportbürgschaften im Öl- und Gasbereich mit einem Volumen von insgesamt über 11,75 Milliarden Euro bewilligt. Von 28 Ländern, in die Öl- und Gasbürgschaften vergeben wurden, gelten 15 Länder als „nicht frei“. Der Bericht basiert auf Zahlen, die von der Bundesregierung erstmals über eine Anfrage nach Informationsfreiheitsgesetz zugänglich gemacht wurden.

Moment des Jahres

Hoppla, die Bundesregierung gibt auf Anfrage nach Informationsfreiheitsgesetz tatsächlich Daten zu Öl- und Gasbürgschaften heraus. Dann hat die Klage 2013 auf Herausgabe anderer Informationen doch etwas genützt.

Deutsche Finanzinstitutionen

von Regine Richter und Kathrin Petz

DARUM GEHT ES

Banken gehören seit Jahren zum Kerngeschäft von urgewald – mit Kampagnen zu Einzelprojekten (AKW Belene oder Carmichael Kohle-mine in Australien) sowie Sektoren (Kohle, Atom, Öl, Gas, Rüstung). Wir arbeiten mit Partnern zusammen ([KoalaKollektiv](#), [350.org](#)) und protestieren. Wir sprechen aber auch mit den Nachhaltigkeits-abteilungen der Banken, um Richtlinien zu bekommen, die zerstörerische Finanzierungen von vornherein ausschließen. Recherchen zur Finanzierung von fossilen Unternehmen und Medienarbeit gehören zu unseren Mitteln der Wahl ebenso wie Kampagnen wie „Banks against Future“ und die Aktionen zum Weltspartag.

Schwerpunkt 2021

Fossile Finanzierungen deutscher Banken, die aufhören müssen.

Banks against Future: Mit der in 2020 gestarteten Kampagne skandalisieren wir die unzureichenden Richtlinien deutscher Banken im Bereich Fossile und Rüstung und fordern sie dazu auf, schädliche Finanzierungen zu beenden. Unser Schwerpunkt lag 2021 auf der Commerzbank, da sie ankündigte, bis Ende des Jahres ihre Richtlinie für die Finanzierung von Kohleunternehmen zu überarbeiten. Die Commerzbank tauchte bei unserer Finanzrecherche 2021 als die größte deutsche Kreditgeberin der globalen Kohleindustrie auf.

Unser Ziel war es, den Druck über das Jahr aufrechtzuhalten und das Thema von außen in der Bank voranzutreiben, um die Chancen auf eine ambitionierte Richtlinie zu erhöhen. Gemeinsam mit Fridays for Future haben wir die Hauptversammlung mit einem Gegenantrag, Aktionen, einer Rede und kritischen Nachfragen begleitet. Zusätzlich hatten Bankkund*innen weiterhin die Möglichkeit, mit Postkarten und E-Mails bei ihrer Bank gegen die schädlichen Finanzierungen zu protestieren.

Im August rief Friday for Future Frankfurt zum Klimastreik mit Fokus auf der Finanzindustrie in Frankfurt auf. Urgewald nahm mit einem Redebeitrag und Infostand an der kraftvollen Demo teil. Damit begann die Mobilisierung für den dritten Weltspartag.



Kathrin Petz auf dem Klimastreik in Frankfurt

Über unsere australische Partnerorganisation Market Forces bekamen wir frühzeitig mit, dass der australische Kohlekonzern Whitehaven eine neue Anleiheausgabe plant und dass die Deutsche Bank sich um ein Mandat für die Platzierung bemüht. Whitehaven verdient sein Geld ausschließlich mit Kohle und plant, die Kohleförderung weiter auszubauen. Nach den internen Richtlinien hat die Deutsche Bank jedoch festgelegt, sich weder an der Finanzierung neuer Kohleförderstätten noch am Ausbau bestehender Minen zu beteiligen. Die mögliche Beteiligung an Whitehaven thematisierten wir über Social Media und beteiligten uns an einer Anzeige von Market Forces im Handelsblatt. Kurze Zeit später wurden die Bemühungen um die Beteiligung an der Anleiheausgabe gestoppt.

Erfolge / Fortschritte

Neue Richtlinie der Commerzbank: Die Commerzbank hat im Dezember 2021 eine neue Richtlinie für fossile Brennstoffe veröffentlicht. In dieser bekennt sich die Commerzbank als erste große konventionelle Bank in Deutschland nicht nur zum Ende der Kohleenergie bis 2030, sondern legt auch die ersten ernsthafteren Ausschlusskriterien für Öl und Gas vor. Dies ist auch als Erfolg zivilgesellschaftlichen Engagements zu werten.

Dennoch vergibt die Commerzbank die Chance, ihr Portfolio jetzt konsequent auf einen 1,5°C-Kurs zu bringen. Für Bestandskunden im fossilen Bereich sind die Richtlinien viel zu schwach. So müssen bestehende Öl- und Gaskunden keinerlei Transformationspläne vorlegen und Bestandskunden im Kohlebereich können noch weitere vier Jahre ihre fossilen Geschäfte ausbauen.

Die Deutsche Bank beteiligt sich erstmals nicht an der Ausgabe von Anleihen für Adani Ports. Eine gemeinsame Anzeige mit unserem Partner Market Forces erscheint im Handelsblatt am gleichen Tag wie ein Artikel vom Deutsche Bank Management zu Nachhaltigkeit. Seitens der Medien bestand reges, kritisches Interesse an den Widersprüchen zwischen Rhetorik und den Finanzierungen der Deutschen Bank.

Weltspartagsaktion: Wie in den vergangenen zwei Jahren und mit dem Rückenwind des Finanzstreiks in Frankfurt sind wieder zahlreiche Umwelt- und Klimagerechtigkeitsgruppen unserem gemeinsamen Aufruf mit 350.org gefolgt. In rund 27 Städten in ganz Deutschland protestieren Klima- und Friedensgruppen am 29. Oktober 2021 vor Filialen der Commerzbank, der Deutschen Bank, der Sparkassen-Gruppe und der Bundesbank. Erstmals waren die Weltspartagsproteste Teil einer internationalen Kampagne mit Aktionen vor Banken und Zentralbanken in mehreren europäischen Hauptstädten, in den USA, afrikanischen und asiatischen Ländern.



© KoalaKollektiv

Weltspartagsaktion in Frankfurt, 2021

Zusammen mit dem KoalaKollektiv haben wir in Frankfurt vor dem Sitz der EZB-Bankenaufsicht (Willy-Brandt-Platz), mit Blick auf die Bankentürme ein 300 qm großes Bodenbild mit der Forderung „Stop funding fossil fuels!“ gemalt.

Tiefpunkte 2021

Die Deutsche Bank kündigte für ihren Deep Dive Sustainability Tag im Mai 2021 neue Nachhaltigkeitsziele an und erklärte dann nur, dass die ersten zusammenfassenden Zahlen und Reduktionsziele zum CO₂-Fußabdruck ihres Portfolios erst Ende 2022 kommen sollen. Ansonsten: Kraftstoffverbrauch der Dienstwagen reduzieren, Mitarbeiter*innen zu Nachhaltigkeit weiterbilden, schön klingenden Initiativen beitreten. Das ist alles gut und richtig, aber auch Nachhaltigkeitsdenken aus den 90ern. Die Bank hat erkannt, wie stark sie von nachhaltigen Finanzgeschäften profitieren kann, wagt sich aber nicht an wirklich harte Themen, etwa das Ende von fossilen Finanzierungen.

Während die Commerzbank an ihrer neuen Kohlerichtlinie arbeitete, beteiligte sie sich an der Ausgabe von Anleihen für das Unternehmen SC SUEK aus Russland, eines der weltweit größten Kohleunternehmen mit massiven Expansionsplänen. Empört kritisierten wir dies in direkten Gesprächen und auf Social Media.

Hauptversammlungen

Mai 2021: Commerzbank, Online-HV

- Mai 2021: Deutsche Bank, Online-HV
Bei beiden kritisierten wir das nach wie vor fossile Geschäftsmodell und bei der Deutschen Bank den Willen, den Börsengang von Wintershall Dea zu begleiten.
- Juni 2021: DWS, Online-HV

Banken- und Investorendialoge

Teilnahme an einer Diskussionsrunde beim Handelsblatt Banken-Gipfel mit unserer Kritik an fossilen Finanzierungen von Banken und unseren Forderungen an die Finanzindustrie.

Versicherungen

von Regine Richter

DARUM GEHT ES

Nach Erfolgen bei Versicherungen im Bereich Kohleausschluss (Allianz, Münchener Rück, Hannover Rück und Talanx) geht es uns darum, existierende Schlupflöcher zu schließen, z. B. durch die Ausweitung des Versicherungsausschlusses von Kohleprojekten auch auf Kohlefirmer (so dass z. B. nicht mehr nur Kohlekraftwerke von RWE von der Versicherung ausgeschlossen werden, sondern auch RWE als Unternehmen). Auch bei den Rückversicherungen fordern wir nicht nur den Ausschluss von Einzelrückversicherungen von Kohlekraftwerken, sondern auch den der Rückversicherung von Sammelrisiken und Erstversicherern, die noch Kohle im Portfolio haben.

Bei Versicherern, die wie die Allianz viel Geld für Dritte verwalten, fehlt immer noch die Regel, dass sie bei diesen Anlagen die eigenen Kohleausschlusskriterien anwenden. Darüber hinaus ist klar: um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müssen fossile Energien insgesamt auf den Prüfstand, Kohle allein reicht nicht. Deshalb diskutieren wir vermehrt mit den Versicherern über die Rolle von Öl und Gas. Wir haben eine Recherche zur Unterstützung von Gasprojekten durch Versicherer durchgeführt und die Ergebnisse in einer Studie präsentiert, um die Diskussion zu befeuern.

Schwerpunkt 2021

Öl und Gas als nächstes Thema für Versicherer: In einem gemeinsamen Workshop mit Versicherern und NGOs beschäftigten wir uns mit eindeutigen Mahnungen aus der Klimawissenschaft, die aussagen, dass keine neuen Öl- und Gasquellen mehr erschlossen werden dürfen, wenn das 1,5°C-Limit eingehalten werden soll. Im März veröffentlichten wir die Broschüre „Taking the next step – Why insurers should not support new gas infrastructure, starting with LNG“.

Kohleausschlüsse für Sammelrückversicherungen: Die bisherigen Kohleausschlüsse bei Rückversicherern betreffen nur Einzelprojekte. Den viel größeren Geschäftsbereich von Rückversicherern macht aber die Rückversicherung von Erstversicherern oder gesammelten Risiken aus. Bisher können darin Kohle oder auch Erstversicherer wie die polnische PZU, die die letzte Rettung für polnische Kohleprojekte ist, enthalten sein. Swiss Re machte im März 2021 Angaben, wie sie bei Sammelrückversicherung ebenfalls Kohle ausschließen will. Dementsprechend machten wir Druck auf Munich Re und Hannover Re, diesem Beispiel zu folgen.

Rückversichererkonferenz in Baden-Baden: Im Oktober traf sich die Branche und handelte neue Verträge aus. Mit europäischen Partner*innen besuchten wir die Stadt ebenfalls, organisierten eine Demo, eine Aktion und versuchten, mit Rückversicherern ins Gespräch zu kommen.



Erfolge / Fortschritte

Die Allianz verschärfte im Mai ihre Kohlerichtlinie und wird Unternehmen, die neue Kohlekraftwerke bauen, ab 2023 komplett von der Versicherung ausschließen. Gleichzeitig wird der Schwellenwert für Kohleunternehmen von 30% auf 25% gesenkt. Erstmals werden Ölsandprojekte von der Versicherung ausgeschlossen.

Allianz Global Investors, ein Vermögensverwalter der Allianz, veröffentlicht erstmals eine eigene Kohlerichtlinie. Grundsätzlich ist das ein Fortschritt, allerdings ist die Policy nicht besonders ehrgeizig.

Tiefpunkt 2021

Allianz Pimco, der amerikanische Vermögensverwalter der Allianz, taucht zuverlässig in allen Finanzrecherchen als Rieseninvestor in die Kohleindustrie auf und macht keine Anstalten, Kohle aus seinen Anlagen auszuschließen. Ein Skandal um Pimcos Beteiligung an dem Hafentreiber Adani Ports, der eng mit der umkämpften Carmichaelmine in Australien zusammenhängt, führt zwar dazu, dass Pimco sich von diesen Anlagen trennt, eine grundsätzliche Änderung in der Geschäftspolitik bleibt hingegen aus.

Nach Ausschlüssen im Kohlebereich setzen die Versicherer bei Öl und Gas auf Engagement, Engagement, Engagement, statt Firmen auszuschließen. Das ist Bewegung im Schneckentempo, während die Klimakrise immer weiter voranschreitet.

Hauptversammlungen

- April 2021: Munich Re, Online-HV
- Mai 2021: Allianz, Online-HV
- Mai 2021: Hannover Re, Online-HV
- Mai 2021: Talanx, Online-HV

Bei allen vier virtuellen Hauptversammlungen mahnten wir die Notwendigkeit von Öl- und Gaspolizies an, kritisierten die verbreitete Werbung für Öl- und Gasprojekte bei Versicherungskunden und fragten nach der Beteiligung an besonders umstrittenen Projekten (z. B. im Arctic National Wildlife Refuge in der Arktis). Bei den Rückversicherern waren zusätzlich die Pläne zum Ausschluss von Kohle aus Sammelrückversicherungen ein Thema.

Veröffentlichungen



2021 Scorecard on Insurance, Fossil Fuels and Climate Change

Harriet Reuter Hapgood, Greenhouse, Peter Bosshard, The Sunrise Project

Herausgeber: Insure our Future

November 2021

Link: <https://www.urgewald.org/sites/default/files/media-files/IOF%20Final%20Report%20Scorecard%202021.pdf>

Dieser jährlich erscheinende Bericht beschreibt die Fortschritte bei Klimaschutzpolizies von 30 internationalen Versicherern. urgewald ist Mitherausgeber.



„Taking the next step – Why insurers should not support new gas infrastructure, starting with LNG“

Ysanne Choksey, Regine Richter

Herausgeber: urgewald e.V.

März 2021

Link: https://www.urgewald.org/sites/default/files/media-files/urgewald_LNG_report.pdf

Im März veröffentlichten wir die Broschüre, die das Problem von Flüssiggasterminals als Klima-Lock-In vorstellt und die Beteiligung von Allianz, AXA, der Talanx-Tochter HDI und weiteren Versicherern an konkreten Terminals aufzeigt. Auch formuliert sie unsere Forderungen an Versicherer und hinterfragt das „Gas-als-Übergangsenergiequelle-Mantra“.

Presse-Highlight

[Fernsehbeitrag](#) im SWR zu der Protestaktion bei der Rückversichererkonferenz in Baden-Baden am 17. Oktober 2021

SWR» AKTUELL

Foto des Jahres



© Insure our Future

Aktion bei der Rückversichererkonferenz in Baden-Baden. Sie führt den Veranstalter vor Augen, wohin fehlende Aktion beim Klimaschutz führt.

Moment des Jahres

Das von Ysanne Choksey organisierte Treffen rund um die Rückversicherungskonferenz in Baden-Baden erlaubte uns, Kolleg*innen nach anderthalb Jahren reiner Onlinearbeit persönlich wiederzusehen. Außerdem gab es Proteste und eine Aktion.

Weltbank und andere Entwicklungsbanken

von Ute Koczy, Knud Vöcking, Dustin Schäfer

DARUM GEHT ES

Es klingt so gut: Die Weltbank will Armut reduzieren und Wohlstand in sogenannten Entwicklungsländern nachhaltig aufbauen. Doch die Kritik an den negativen Auswirkungen der Projekte der Weltbank ist genauso alt wie die Institution selbst. Wir von urgewald decken immer wieder auf, dass die Weltbank an Zerstörung, Vertreibung und Ungerechtigkeiten beteiligt ist. Außerdem setzt die Bank ihre Förderung von Kohle, Öl und Gas nicht nur fort, sondern legt häufig die Grundlage dafür, dass sich diese Investitionen lohnen. Die Methoden sind immer häufiger unauffällige Beratungsleistungen, die Reformen in Tarifsystemen und der Steuerpolitik beeinflussen und so Investitionen in Öl und Gas erst lukrativ machen.

Unser Team „Internationale Finanzinstitutionen“, kurz IFI, vernetzt zivilgesellschaftliche Akteur*innen, startet öffentlichkeitswirksame Aktionen und informiert Anteilseigner und politische Entscheidungsträger*innen über die Auswirkungen der Maßnahmen der Weltbank. Ziel ist es, die Weltbank und andere IFIs in Hinblick auf ihre finanziellen Beteiligungen rechenschaftspflichtig zu halten.

Gemeinsam mit einer internationalen Allianz von regionalen und internationalen NGOs überwacht urgewald zudem die Aktivitäten der von China dominierten Asiatischen Infrastruktur Investment Bank AIIB. Nicht-regionale Anteilseigner (u. a. viele afrikanische Staaten und Kanada) halten 27% der Stimmen, wobei Deutschland der größte (nach Anteilen) nicht regionale Anteilseigner ist. China hält 30% aller Anteile, der Hauptsitz der Bank befindet sich in Peking, der Präsident der Bank wird von der chinesischen Regierung ernannt (vgl. auch das nachfolgende Kapitel „China-Desk“). Da China selbst einer der größten Anteilseigner der Weltbank ist und über großen Einfluss verfügt, analysieren wir zudem die Wechselbeziehung zwischen der Energie- und Menschenrechtspolitik Chinas und anderen einflussreichen Anteilseignern.

Neben der Energiepolitik der Banken analysieren und bewerten wir zudem die Arbeit der Beschwerdemechanismen. Was technisch klingt, ist für die von den Projekten betroffenen Menschen häufig die einzige Möglichkeit, auf die Probleme und ihre Lebensbedingungen aufmerksam zu machen. Immer wieder belegen wir, dass Menschenrechtsverletzungen, z. B. bei Zwangsumsiedlungen, ein strukturelles Problem bei von Entwicklungsbanken finanzierten Projekten darstellen. Der größte Skandal ist, dass die Banken dies billigend in Kauf nehmen und meist nur unvollständig Daten erheben, wie viele Menschen durch die Projekte negativ betroffen sind. Entgegen den proklamierten Projektzielen wird allzu oft die Armut durch die Kreditvergaben verschlimmert.

Schwerpunkt 2021

Die fortdauernde Förderung fossiler Energie mit Unterstützung der Weltbank in Guyana, Suriname, Mosambik und Pakistan.

Videocalls zur Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) in Dauerschleife.

Der globale Weltbankaktionstag am 15. Oktober 2021: Auf Anregung unserer Kollegin Heike Mainhardt entwickelten wir ein Banner, das den Präsidenten David Malpass zeigt, wie er Milliarden Investitionen für den Ausbau fossiler Energien mobilisiert – nach dem Motto „Driving billion\$ into fossil investments“. Zu diesem Anlass organisierten wir eine Aktion in Berlin vor dem Weltbankbüro.



Weltbankaktionstag in Berlin

Erfolge / Fortschritte

Der Machtwechsel in den USA gibt Anlass zur Hoffnung. Joe Biden veröffentlicht eine starke Willenserklärung, in der er zum Ausdruck bringt, was sich angesichts der Klimakrise verändern soll: „Exekutive Order on Tackling the Climate Crisis at Home and Abroad (The White House)“ heißt das Papier. Leider verspricht dieser Text mehr, als die Demokrat*innen in den USA dann umsetzen können oder auch wollen.

In Folge des Machtwechsels wird die sogenannte Tuesday Group in Washington wieder aufgelegt. Einmal im Monat an einem Dienstag treffen sich Ministerien und NGOs und diskutieren die Politikausrichtung der multilateralen Banken. Unsere Kollegin Heike Mainhardt ist nicht nur vor Ort, sondern trägt regelmäßig ihre Rechercheergebnisse im Hinblick auf die Förderung fossiler Brennstoffe durch die Weltbank vor.

Der von uns immer wieder kritisierte „Doing Business Report“ der Weltbank wurde eingestampft. Dieser hat in den letzten Jahren zu massiven sozialen Härten in Dutzenden Ländern geführt, die u. a. ihre Arbeitsschutzmaßnahmen gelockert haben, um ein attraktives Investitionsklima zu schaffen, von den Unregelmäßigkeiten und politischen Beeinflussungen der Statistiken ganz zu schweigen. Kaum war jedoch die mediale Aufmerksamkeit etwas abgeflacht,

folgte die Ankündigung einer Neuauflage unter neuem Namen: das „Business Enabling Environment (BEE) Project“. Leider mal wieder alter Wein in neuen Schläuchen. Wir kritisieren das.

Wahlkampf in Deutschland: Erstmals wird eine Ampelkoalition gebildet. Für Urgewald steht fest: Wir werden unsere Bemühungen intensivieren und die politische Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Weltbank und deren Entscheidungsträger*innen lenken. Die deutsche Politik hat die Möglichkeit, die Ausrichtung der Weltbank maßgeblich zu beeinflussen. Dafür bedarf es jedoch eines interessierten Parlaments, das kritische Nachfragen beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und beim Finanzministerium stellt und so die Interessen der deutschen Steuerzahler*innen vertritt. Dies war in den letzten Jahren nicht genügend der Fall.

Unsere gemeinsam mit ARA e.V. (Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz) durchgeführte Unterstützung des Wildtierzählungsprojekts mit Hilfe von Fotofallen in der Barima-Mora-Passage in Guyana wird zu einem glücklichen Ende geführt. Der Report bestätigt, dass dieses Mangrovegebiet im Norden des Landes alle Bedingungen erfüllt, damit dort ein Weltnaturerbe errichtet werden kann. Tiere wie der Jaguar, der Riesenotter oder die Seekuh sowie viele Vogelarten finden dort noch intakte Lebensbedingungen vor. Jetzt müssen die Gruppen vor Ort die nächsten Schritte dafür tun.

Tiefpunkt 2021

Corona und kein Ende. Mehr und mehr Homeoffice. Zum Glück greifen für uns die Regeln für das Büro gut. Doch erneut finden die Tagungen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der anderen Entwicklungsbanken nur virtuell statt. Dadurch geht viel Spirit und Energie verloren. Die Institutionen haben mehr als sonst die volle Kontrolle über die Begleitveranstaltungen.

ExxonMobil, Hess und CNOOC (China National Offshore Oil Corporation) stießen 190 km vor der Küste **Guyanas** auf geschätzte 11 Mrd. Barrel (Fässer je 159 l) Öl. Seit Ende 2019 hat die Förderung aus Tiefen von bis zu 7.000 Meter unter dem Meeresspiegel begonnen. Ab 2027 sollen täglich über 1 Million Barrel per Schiff zu den Raffinerien gebracht werden. Auch im Nachbarland **Suriname** wird alles darangesetzt, die dortigen 3–4 Mrd. Barrel zu fördern. So wird die südamerikanische Region langsam aber sicher, auch mit Hilfe öffentlicher Mittel, zum Hot Spot für die Beschleunigung der Klimakatastrophe. Durch die Beratung der Weltbank wird dieser falsche fossile Weg fortgeführt. Bizarr ist, dass die einseitigen Verträge mit ExxonMobil und Partnern auch noch die Staatsschulden dieser Länder in die Höhe treiben. Was da noch an Naturzerstörung folgt, ist eine weitere Katastrophe.

Der so genannte „**Climate Change Action Plan (CCAP)**“ der Weltbank, der mehr oder weniger auf den Präsidenten David Malpass zurückgeht, enttäuscht auf ganzer Linie. Allerdings schafft es das

Management der Bank, durch ihr intransparentes Vorgehen sowohl die NGOs als auch den eigenen Verwaltungsrat zu verprellen. Das wiederum eröffnet die Chance, mehr Gehör mit unserer Kritik zu finden und zu verdeutlichen, warum die Weltbank an den Pranger gestellt gehört, wenn es um die Umsetzung der Klimaziele geht.

Personal Wir hatten trotz Corona großartige Praktikant*innen, die uns unter die Arme gegriffen haben. Michel Siebert, Katharina Bach, Theresa Utzig und Charlotte Griestop waren uns bei den unterschiedlichsten Aufgaben eine große Hilfe.

Tagungen Erneut fielen die beiden Weltbanktagungen im April wie auch im August ins Corona-Wasser. Doch virtuell war trotzdem viel los. Unsere Kollegin Heike Mainhardt organisierte z.B. dieses Panel am 26. März 2021 bei der Weltbank-Frühjahrstagung: **„Development Policy Finance: Critical Concerns surrounding Accountability and Outcomes for People and the Climate“**

Veröffentlichungen **Recherche: The World Bank Drives Billions into Fossil Fuel Investments**

Wir sagen es immer wieder und Heike Mainhardt weist es konkret nach: Die Weltbank nutzt ihre öffentlichen Mittel, um Milliarden in Investitionen in fossile Brennstoffe, einschließlich Kohle, zu stecken. Deswegen bildet ihre Recherche die Grundlage unserer Proteste gegen die Weltbank.

Link: <https://www.urgewald.org/world-bank-drives-billions-fossil-fuel-investments>



Case Study: World Bank helps develop Asia's Largest Coal Field Heike Mainhardt

Oktober 2021

Dies ist die Geschichte der öffentlichen Unterstützung der Entwicklung von Asiens größtem Kohlefeld in Pakistan, dem Thar-Kohlefeld, und den damit verbundenen neuen Kohlekraftwerken durch die Weltbank.

Link: <https://www.urgewald.org/en/shop/world-bank-helps-develop-asias-largest-coal-field>

Foto des Jahres



Unser urgewald-Banner mit der Kritik am Weltbankpräsidenten David Malpass wird in Washington zum Weltbankaktionstag gezeigt. Am 15. Oktober 2021 fand diese kleine, aber feine Protestaktion direkt vor dem Gebäude der so genannten Entwicklungsbank statt. Immer noch unter Coronabedingungen, aber erneut mit Kolleg*innen aus der Zivilgesellschaft und unserer Kollegin Heike Mainhardt (2.v.l.).

Foto des Jahres

Auf Anregung von Fareena Hahn (2. v. l.), einer guyanischen Aktivistin, die in Münster lebt, zeigten wir am 4.10.21 in Münster in der Reihe „Klappe auf für Menschenrechte“ den urgewald-Film „Carbon Bomb“. Da 2021 erneut ein sehr eingeschränktes Jahr war, freuten wir uns, dass wir diesen Kinoabend zu Guyana durchführen konnten. Fareena Hahn stammt aus Guyana und wurde auf unsere Arbeit über die Medien aufmerksam. Seitdem versorgt sie uns regelmäßig mit Informationen rund um die Ölförderung in Guyana. Auch war sie es, die diesen Filmabend in Münster initiierte. Dank unserer Praktikant*innen konnten wir dieses Event stemmen. Es war toll, unseren Film, der viel mehr Aufmerksamkeit verdient hätte, endlich mal auf einer großen Leinwand zu sehen. Das macht einen Unterschied.

Film verfügbar auf dem [urgewald youtube-Kanal](#).



Auch hier kam unser Banner zum Einsatz. v. l. n. r.:
Ute Koczy, Fareena Hahn,
Jule Lümmer, Joshua Schmidt,
Michel Siebert.
Katharina Koch steht
hinter der Kamera.

China

von Nora Sausmikat

DARUM GEHT ES

Der China Desk urgewald deckt vor allem zwei Bereiche ab: Chinas Rolle im Klimaschutz und Chinas Rolle in der internationalen Entwicklungsfinanzierung. Im ersten Bereich geht es vor allem um die fossilen Investitionen entlang der sogenannten Seidenstraßeninitiative. In beiden Bereichen streben wir an, dass sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung bei der Interaktion mit China bewusst ist und sich, wo sie kann, für Klimaschutz und höchstmögliche Umwelt- und Sozialstandards einsetzt.

Bereich 1) Wir stellen unsere Divestment-Tools GCEL und GOGEL sozialen Bewegungen in den Regionen, die von den fossilen Investitionen betroffen sind, zur Verfügung. Mithilfe dieser Instrumente können sie die verantwortlichen fossilen Unternehmen und deren Finanzierer effektiv angehen. Umgekehrt kümmern wir uns auch um die Offenlegung der Daten zu internationaler Unterstützung chinesischer Fossilindustrie. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen in Asien kämpfen wir gegen die Ausweitung der chinesischen Fossilindustrie und für die Förderung der Erneuerbaren unter Einhaltung von Menschenrechtsstandards.

Bereich 2) China ist heute größter bilateraler Kreditgeber, hat eine wichtige Rolle in der Weltbank und den Vereinten Nationen und gestaltet damit maßgeblich Schuldenentwicklung und Infrastrukturentwicklung in den Ländern des Globalen Südens. Wir beschäftigen uns mit den Umwelt- und Sozialstandards der 2015 gegründeten Asiatischen Infrastrukturbank (AIIB) – eine neue multilaterale Bank, deren Gründung auf die Initiative Chinas zurückgeht. Deutschland ist hier größter nichtregionaler Anteilseigner und hat eine besondere Verantwortung für die Verwendung der Steuergelder. Diese Bank unterstützt die Mitgliedsländer beim Bau von Infrastruktur und Energieversorgung und steht neben vielen chinesischen Finanzinstituten im Dienste der Seidenstraßeninitiative (oder Belt-and-Road Initiative BRI). Deutschland begründete seine Mitgliedschaft bei der AIIB mit dem Versprechen, für die höchsten Umwelt- und Sozialstandards zu sorgen. Das IFI¹-China-Team (früher „Weltbankteam“) von urgewald war von Anfang an hellhörig und nahm Governance Strukturen und die Umwelt- und Sozialstandards genauer unter die Lupe. Die Skepsis war angebracht: bis heute sind grundlegende Standards zum Schutz der indigenen Bevölkerung mangelhaft oder gar nicht umgesetzt. Trotzdem konnten wir in den letzten Jahren einige kleine und große Erfolge wie die Verhinderung der Beteiligung der AIIB an einem Gaskraftwerk in Thailand erzielen.

1 Internationale Finanzinstitute

Schwerpunkt 2021

- Zivilgesellschaftliche Kommentierung und Treffen mit dem Management der Banken und den europäischen Anteilseignern anlässlich der Überarbeitung der Umwelt- und Sozialstandards der AIIB (ein 100 Seiten Konvolut) sowie der Überarbeitung der Energiestrategie der ADB (Asiatischen Entwicklungsbank).
- Fertigstellung und viersprachige Veröffentlichung (Launch) des digitalen Wörterbuchs „What China says, what China means“, einer Dekodierung der Erodierung von UN-Menschenrechtskonzepten durch chinesische Begrifflichkeiten, und Arbeit an der interaktiven Karte AIIB-Watch mit 18 Fallstudien zu AIIB-finanzierten Projekten.
- Teilnahme COP 26 in Glasgow – Organisation eines Treffens des Vizepräsidenten der AIIB mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Diskussion zu Atomkraft, großen Wasserkraftwerken und Gaskraftwerken
- Trainings in Asien / Trainingsmaterial zu chin. Kreditvergaben

Erfolge / Fortschritte

In der nun beschlossenen Fassung der Umwelt- und Sozialstandards der AIIB sind zwar noch viele der von uns kritisierten Schlupflöcher und Mängel vorhanden, doch nach drei Jahren kontinuierlichen Protestes und Advocacyarbeit innerhalb des Managements und der Politik konnten wir folgende Erfolge feiern:

- Information Disclosure: Die Offenlegung von Informationen über geplante Energieinfrastrukturprojekte und Landnahmen und Bereitstellung dieser Information für lokale Gemeinschaften in ihrer Sprache stand für uns im Zentrum unserer Arbeit. 6 Jahre lang gab es hierfür keine Fristen. Die AIIB legte nun Fristen für die Offenlegung von Umwelt- und Sozialdokumenten fest, die zwar noch nicht ausreichen, aber einen Anfang darstellen.
- Durchsetzung von ersten Fristen für die Veröffentlichung der Umweltverträglichkeitsprüfung VOR Genehmigung der durch die AIIB finanzierten Infrastrukturprojekte.
- Die AIIB legte sich auf mehr Transparenz und Offenlegung von Geschäften mit Finanzintermediären fest. Neue Maßnahmen zur Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Ansätzen (ESG) bei Kapitalmarktoperationen.
- Landnahme / Zwangsumsiedlung: Was als Verbesserung zu werten ist, ist die Ex-ante-Regelung, die den Landerwerb bereits vor der Genehmigung eines Projektes der Prüfung durch die AIIB unterwirft. Alle vorherigen Landkäufe innerhalb eines Zeitfensters von drei Jahren müssen als ESF-konform nachgewiesen werden. Dennoch ist abzuwarten, wie die Umsetzung der Regelung und wie transparent die Prüfung sein wird. Wenn sie sich auf Selbstauskünfte verlässt, wie es bei fast allen Bewertungen der Fall ist, ist diese Regelung zwar schön, aber in der Praxis wertlos.
- Stärkere Formulierungen zum Thema Klimawandel, die das Ziel der AIIB widerspiegeln, 50% der genehmigten Finanzmittel für den Klimawandel zu verwenden.
- Erhöhte Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter und Verpflichtung zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt.
- Erweiterte Formulierungen zum Schutz der Biodiversität und zum Ausschluss von Asbest bei AIIB-finanzierten Projekten.

Tiefpunkt 2021 COVID-Pandemie verhinderte physische Netzwerktreffen.

COP26: China versteckt sich hinter G77 und nördliche Industriestaaten brechen ihr Versprechen, den Südländern 100 Mrd. € jährlich für Klimaschutz bereit zu stellen.

Lobbyarbeit Februar 2021: ChinaDesk / urgewald organisiert dritten Workshop zu AIIB mit dem Finanzministerium. Schwerpunkte: Umsiedlungsproblematik (Indonesien) / Vergeltung (Retaliation), Beschwerde-mechanismen. 18 Exekutivdirektor*innen (ED) der AIIB und Ministeriumsvertreter*innen der European / Wider-European Zone (inkl. Kanada) nehmen teil.

April 2021: Bundestag: Nachdem Parlamentsvertreter*innen unsere Informationen aus der Region abgefragt hatten, trifft sich der Finanzausschuss mit deutschen Exekutivdirektoren der Bank (EDs) und dem Bundesfinanzministerium (BMF) zum Austausch über problematische Projekte der AIIB, es gibt gezielte Nachfragen zu einzelnen Projekten. Verabschiedung des Rahmenwerkes zu Umwelt- und Sozialstandards wird von April auf Mai verschoben. Gemeinsame Nachbereitung der Finanzausschusssitzung.

Juli 2021: BMZ – Ostasienreferat – ChinaDesk berät über die Problematik der Landnahmen und Schulden in Zusammenhang mit chin. Investitionen.

Webinare



- 15. Februar–10. Mai: Internationaler Dialog „Energy Environment in Bangladesh“, koorganisiert zusammen mit 15 International Organisation (87 TN aus 14 Ländern).
- Februar–April und September–Oktober: Webinar zu „Bangladesh Energy Olympiad 2021“. (Train-the-Trainer Seminare, die 8.000 Studierende und Lehrer*innen mobilisieren sollen. 3-Monatsprogramm). Input zu Chinas Energieinfrastrukturinvestitionen in Bangladesch sowie zu Chinas Kreditvergabe und zur AIIB in Bangladesch.
- Ab März: China Global Energy Finance working group: aktive Mitarbeit an Finanztrainings für asiatische und afrikanische NGOs sowie an der Planung einzelner Kampagnen. Daraus entstand z. B. die ICBC Kampagne (die größte chinesische Bank, was die Kapitaleinlagen betrifft), an der Nora Sausmikat und Katrin Ganswindt von urgewald begleitend teilnahmen.

Tagungen und Proteste

- 3. Mai: Onlineprotest zur Hauptversammlung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB)
- People’s Summit for Climate Justice (Parallelveranstaltung der Klimabewegung zur COP26): Filmvorführung „Turning the Tide“, Moderation der Einführung und anschließenden Diskussion mit Aktivist*innen aus Osteuropa, den Philippinen und Nigeria.
- 26. Oktober: Organisation einer globalen Pressekonferenz zur AIIB Jahrestagung sowie eines Fotoprotests, 87 Organisationen nahmen teil.



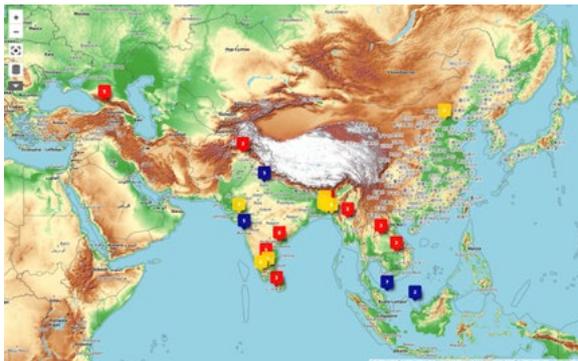
Nora Sausmikat mit Petr Hoibl (CEE Bankwatch) und Gerry Arances (CEED) auf dem People's Summit for Climate Justice in Glasgow.

Veröffentlichungen

AIIB-Watch: Wie umweltfreundlich und sozial gerecht ist die AIIB?

März 2021

Link: <https://www.urgewald.org/aiib-watch>



Das digitale Tool „AIIB Watch“ dokumentiert Umwelt- und Sozialkonflikte, die durch Infrastrukturprojekte entstehen, die von der AIIB finanziert werden. In der interaktiven Karte sind 18 Fälle aufgelistet, bei denen es Hinweise darauf gibt, dass die AIIB ihre eigenen Schutzstandards nicht einhält. Die Karte enthält weiterhin Projektbeschreibungen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Asien, Europa und Nordamerika. Sie sollen dazu beitragen, die Realität vor Ort zu dokumentieren und zu bezeugen, dass Standards auf dem Papier niemals ausreichen können – sie müssen auch implementiert werden. Die AIIB-Watch wird weltweit in zivilgesellschaftlichen Kreisen begrüßt und genutzt.

Digitales Wörterbuch: „What China says, what China means“

Herausgeber: Amnesty International, urgewald e.V.

September 2021

Link: www.whatchinasays.org

Die chinesische Regierung versucht systematisch, ihre Sicht auf die universellen Menschenrechte in internationale Institutionen wie den UN-Menschenrechtsrat einzuschleusen und dort zu verankern.

Politischen Entscheidungsträger*innen fällt es nicht immer leicht, die chinesischen Narrative, die Eingang in UN-Dokumente finden, zu entschlüsseln. Gemeinsam mit Amnesty International identifizieren wir zehn wichtige Begriffe oder Phrasen der chinesischen Regierung, die bereits auf dem Weg sind, zu neuen Standards zu werden. Diese entschlüsseln wir im digitalen Wörterbuch „What China says, what China means, and what this means for human rights“ (Was China sagt, was China meint und was das für die Menschenrechte bedeutet). Die Webseite bietet auch Informationen darüber, in welchen offiziellen Dokumenten diese auftauchen und zeigt die damit verbundenen Risiken für Menschenrechtsstandards auf.

Im Vorfeld der Veröffentlichung fand ein Austausch mit dem Forum Menschenrechte sowie Bärbel Kofler (Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung) und Außenminister Maas (Okt. 2020) statt. Das Ergebnis wurde für eine Microsite aufbereitet und ins Russische, Französische und Spanische übersetzt. Zielgruppen sind Parlamentarier*innen, deutsche Menschenrechtler*innen, UN Menschenrechtsaktivist*innen, UN Diplomat*innen, AIIB CSO Coalition, Chinaexpert*innen.

Pressehighlights

Insgesamt 12 Publikationen in deutschen und internationalen Medien u. a. der Financial Times: „BlackRock, Vanguard lead global investment worth US\$19B in Chinese coal firms“

FINANCIAL TIMES

Foto des Jahres



v.l.n.r.: Steven Herz (Sierra Club), Nora Sausmikat (urgewald) und Petr Hlobil (CEE Bankwatch) auf der COP26 in Glasgow.

Rüstung

von Barbara Happe

DARUM GEHT ES

Deutsche Waffen schießen mit in den Konflikten und Kriegen dieser Welt. Seit Jahren gehört Deutschland zu den Top-5-Rüstungs-exporteuren. Und das, obwohl jede Regierung zynischerweise aufs Neue betont, eine „restriktive und verantwortungsvolle Rüstungs-exportpolitik“ zu betreiben. Wir bei urgewald skandalisieren Waffen-exporte deutscher Rüstungskonzerne an Kriegsparteien wie z. B. im Jemen, in Libyen oder Syrien. Wir fordern ein verbindliches Gesetz, das Exporte an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten kategorisch verbietet. Bei Finanzinstituten streiten wir dafür, dass sie solche Konzerne aus ihren Portfolios entfernen, damit diesen das Geld für weiteres Wettrüsten fehlt.

Schwerpunkt 2021

Nach der Datenbank ist vor der Datenbank – erst Kohle, dann Öl und Gas und jetzt auch noch Rüstung. 2021 stand für das Friedens- und Abrüstungsteam bei urgewald ganz im Zeichen der Entwicklung einer Abrüstungsdatenbank, der „Arms-Exit-List“.

Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation Facing Finance haben wir unzählige Gespräche mit Friedens- und Menschenrechtsorganisationen rund um den Globus geführt, Kriegs- und Konfliktdefinitionen studiert, Kriege analysiert und Waffenexporte dorthin identifiziert. Dank unseres neuen Kollegen Niels Dubrow und unserer Datenbankexpertin Tzvetana Jambova haben wir in akribischer Kleinarbeit begonnen, eine Datenbank aufzubauen, die überwiegend kommerzielle Waffenexporte zwischen 2015–2020 an kriegführende Länder auflistet. Weit über 400 Firmen und mehr als 1.400 Waffengeschäfte erfassen wir über diese Datenbank – das ist erst ein Bruchteil aller Waffengeschäfte – aber wir hoffen, damit bereits ein Umdenken auslösen zu können. Unsere „Arms-Exit-List“ soll Mitte 2022 veröffentlicht werden. Ziel ist es, mehr Licht ins Dunkel um diese grausamen Exporte zu bringen und Finanzinstitute davon zu überzeugen, Waffenexporten an kriegführende Staaten einen Riegel vorzuschieben. Bereits jetzt zeigt sich, dass das Gros verantwortungsloser Waffenexporte an Länder wie Ägypten, die VAE oder Saudi-Arabien, die allesamt an völkerrechtswidrigen Handlungen im Jemen-Krieg oder / und in Libyen verstrickt sind, gehen.

Erfolge / Fortschritte

Noch ganz ohne Datenbank konnten wir 2021 einen großen Erfolg feiern. Der staatliche norwegische Pensionsfonds verschärfte seine Rüstungsrichtlinie und plant, Rüstungsfirmen, die sich an Kriegsverbrechen mitschuldig machen, künftig aus dem Portfolio zu entfernen.

Auch ein erstes großes deutsches Kreditinstitut, die Bayerische Landesbank, will Waffenexporte nicht mehr finanzieren. Nur noch Geschäfte für die Bundeswehr und die Landesverteidigung sollen

möglich bleiben. Diese Neuausrichtungen sind ein großer Erfolg für uns Menschenrechtsorganisationen, die wir seit Jahren dafür streiten, dass Unternehmen, die die Despoten dieser Welt aufrüsten, der Geldhahn zugedreht wird. Bleibt zu hoffen, dass weitere Finanzinstitute diesem Beispiel folgen.

Mit der Arms-Exit-List können Finanzinstitute die Verstrickung von Rüstungsfirmen in skandalöse Waffengeschäfte prüfen. Damit diese Informationen auch für Verbraucher*innen nutzbar sind, haben wir Ende 2021 die Rüstungsfirmen aus unserer Datenbank schon mal vorab in die Faire-Fonds-Datenbank integriert. So ist es leicht zu identifizieren, wie „bombensicher“ die eigene Geldanlage ist (datenbank.faire-fonds.info/funds) und man kann ggf. nach geeigneteren, friedlicheren Alternativen Ausschau halten.

Tiefpunkt 2021

Ein weiteres Jahr mit virtuellen Hauptversammlungen geht an die Substanz. Und wieder ist kein realer Protest möglich – weder drinnen noch draußen. Die CEOs der Rüstungskonzerne Thyssenkrupp, Rheinmetall, MTU Aero Engines und Hensoldt freuen sich, sich nicht direkt mit ihren Gegner*innen auseinandersetzen zu müssen und beantworten in monotonem Ton Fragen oberflächlicher denn je.

Personal

Mit Niels Dubrow, der bereits viele Jahre in diesem Themenfeld gearbeitet hat, verstärkt seit Februar 2021 ein ausgewiesener Rüstungsexperte unser Team. Er kümmert sich intensiv um die Arms-Exit-Datenbank.

Hauptversammlungen



Trotz digitalen Formates waren wir auch dieses Jahr zu den Hauptversammlungen folgender Rüstungskonzerne aktiv und haben unsere Kritik in Form von Gegenanträgen, kritischen Fragen und Pressemitteilungen öffentlich gemacht. Teilweise haben wir dies mit kleinen Aktionen und / oder Dossiers untermauert.

- Februar 2021: Thyssen Krupp, Online-HV
- April 2021: Airbus, Online-HV
- April 2021: MTU Aero Engines, Online-HV
- Mai 2021: Hensoldt, Online HV
- Mai 2021: Rheinmetall, Online-HV



Anlässlich der Rheinmetall-Hauptversammlung skandalisierten wir am 11. Mai zusammen mit Greenpeace mit aufgereihten Kindersärgen vor der Rheinmetall-Vertretung in Berlin die grausamen Folgen der Rheinmetall-Rüstungsexporte.

Gleichzeitig gab es – im 2. Corona-Jahr – unter dem Slogan „Healthcare not Warfare“ einen gemeinsamen Twitterstorm. Dafür stellten wir auf Grafiken die Produktionskosten für Rheinmetall-Rüstungsgüter den bitter notwendigen Ausgaben im Gesundheitssektor gegenüber.

Tagungen

12.–13. Februar: Teilnahme am digitalen Jahrestreffen des Europäischen Netzwerkes gegen Waffenhandel, ENAAT

Vorträge / Webinare

- 20. April: Teilnahme an Podiumsdiskussion des Ökumenischen Kirchentags zum Thema „Wer bezahlt, bestimmt? Von Werten und Transformation am Finanzmarkt“, Frankfurt/M.
- 10. Mai: Webinar (zusammen mit ECCHR, dem Dachverband der kritischen Aktionär*innen und der südafrikanischen NGO Open Secrets) zum Thema: „How German and South African corporations collaborate in fuelling the war in Yemen and how to stop them“, Bericht über die skandalösen Geschäftspraktiken von Rheinmetall und Hensoldt
- 21. Mai: Onlinevortrag beim Zukunftstak zu nachhaltiger Finanzwirtschaft der Evangelischen Stadtakademie München zum Thema „Gutes Geld fairändert die Welt“

Veröffentlichungen



Airbus – ein Konzern im Sinkflug

Der deutsche französische Hersteller von Kampfflugzeugen, Drohnen und elektronischen Bauteilen für Flugkörper ist weltweit der größte Rüstungskonzern. Airbus ist ein Konzern im Sinkflug. Der Konzern ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Produktion ist eingebrochen, die Umsatzerlöse sinken. Die Gewinne sind negativ. Die Aktienkurse sind eingebrochen. Die Mitarbeiter sind entlassen. Die Rüstungsindustrie ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Produktion ist eingebrochen, die Umsatzerlöse sinken. Die Gewinne sind negativ. Die Aktienkurse sind eingebrochen. Die Mitarbeiter sind entlassen.

Dossier: **Airbus – ein Konzern im Sinkflug**

April 2021

Herausgeber: urgewald, Stop Wapenhandel, terre des hommes, Dachverband der Kritischen Aktionär*innen

Link: <https://www.urgewald.org/shop/dossier-airbus>

Der europäische Hersteller von Kampffjets, Drohnen und elektronischen Bauteilen für Flugkörper rangiert unter den fünfzehn größten Rüstungskonzernen der Welt. Die Kampffjets des Konzerns tauchen immer wieder in den Krisenregionen dieser Welt auf und werden dabei auch gegen unschuldige Zivilist*innen eingesetzt. Seine immer ausgefeilteren Grenzsicherungsanlagen hindern flüchtende Menschen daran, sich in Sicherheit zu bringen. Die Fallbeispiele im Dossier zeigen exemplarisch auf, wie der Konzern gleich doppelt von Krisen und Kriegen profitiert, indem er Krisenregionen aufrüstet und gleichzeitig Grenzen militarisiert.



Rheinmetall – Profit first

Die Rheinmetall AG ist ein deutscher Rüstungskonzern. Der Konzern ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Produktion ist eingebrochen, die Umsatzerlöse sinken. Die Gewinne sind negativ. Die Aktienkurse sind eingebrochen. Die Mitarbeiter sind entlassen. Die Rüstungsindustrie ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Produktion ist eingebrochen, die Umsatzerlöse sinken. Die Gewinne sind negativ. Die Aktienkurse sind eingebrochen. Die Mitarbeiter sind entlassen.

Dossier: **Rheinmetall – Profit first**

Mai 2021

Herausgeber: urgewald e.V.

Link: <https://www.urgewald.org/shop/rheinmetall-profit-first>

Krisenzeiten sind Boomzeiten für die Rüstungsindustrie. Auch der größte in Deutschland ansässige Rüstungskonzern Rheinmetall profitiert von weltweiten militärischen Auseinandersetzungen und den steigenden staatlichen Rüstungsbudgets im In- und Ausland. Seit vielen Jahren setzt die Rheinmetall AG auf eine Strategie der Internationalisierung, um ihre Waffen in Krisenregionen und an Despoten zu liefern. Unser Dossier „Rheinmetall – Profit first“ setzt sich kritisch mit den Geschäften und Wachstumsstrategien des Konzerns auseinander und entlarvt die „Green- und Blawashing“-Aktivitäten des Konzerns.



Studie: Rüstungsexporte als Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik?

Oktober 2021

Herausgeber: urgewald e.V.

Autorin: Dr. Simone Wisotzki, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Link: <https://www.urgewald.org/shop/ruestungsexporte-instrument-deutscher-aussen-sicherheitspolitik>

Die von Simone Wisotzki vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) verfasste Studie setzt sich mit den gängigen Argumenten der Rüstungsindustrie für Waffenexporte auseinander (z. B. Rüstungsexporte als Garant für Stabilität und Sicherheit) und unterzieht diese einer kritischen Würdigung. Dabei findet sie nur wenige Belege, die einer ernsthaften Auseinandersetzung standhalten. Die Studie diene uns als Kampagnenmaterial, um bei der neuen Bundesregierung für die Einführung eines restriktiven Rüstungsexportkontrollgesetzes zu streiten.

Pressehighlight

Gastbeitrag: „Deutschlands Rüstungsexporte: Keine Waffen für Despoten“

Frankfurter Rundschau

Foto des Jahres



Aktion am 02. September vor den Parteizentralen zur „Abwahl von Killerrobotern“

Verbraucher*innen- und Transformationskampagne

von Agnes Dieckmann

DARUM GEHT ES

Aus der Verbraucherkampagne ist die Transformationskampagne geworden. Unsere neue Kampagne zielt darauf ab, Stiftungen und Vermögende dazu zu bewegen, ihr Kapital zukunftsfähig und klimafreundlich anzulegen. Mit der urgewald Stiftung sammeln wir seit Jahren selbst Erfahrung bei der nachhaltigen Geldanlage. Mit unseren Datenbanken GCEL und GOGEL liefern wir institutionellen und privaten Geldanleger*innen außerdem die nötigen Werkzeuge, um fossile Unternehmen aus ihren Portfolios zu streichen. Gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen kann die Kampagne im Januar 2022 starten.

Schwerpunkt 2021

Die Verbraucherbroschüre „Machen wir die Finanzwelt kohlefrei“. An dieser Broschüre haben viele Kolleg*innen mitgewirkt. Unser Wissen um die globalen Zusammenhänge der Kohleindustrie wird hier zusammengetragen. In Gastbeiträgen kommen mit Claudia Kemfert (DIW Berlin), Antje Grothus (Klima-Allianz Deutschland), Kuba Gogolewski (polnisches Bündnis „Development YES – Open-Pit Mines NO“) und Jörg Weber (ECOreporter) auch Stimmen aus der Wissenschaft, dem Klimaaktivismus und dem Finanzjournalismus zu Wort.

Erfolge / Fortschritte



2021 ist urgewald als Kooperationspartner in das Projekt „Faire Fonds“, das bisher von Facing Finance e.V. betrieben wurde, eingestiegen. Wir freuen uns vor allem auf die Expertise von Julia Dubslaff, die seitdem Teil des urgewald-Teams ist und das Projekt „Faire Fonds“ bereits seit Jahren betreut. Auf der Webseite www.faire-fonds.info werden kontroverse Unternehmen in den Portfolios von Publikumsfonds angezeigt – eine sinnvolle Ergänzung zu unserer bisherigen Kampagnenarbeit. Als erstes haben wir die Kohleunternehmen der GCEL in die Datenbank integriert, damit diese Recherche auch für Verbraucher*innen Anwendung finden kann. Als nächstes werden 2022 Rüstungsunternehmen und die Öl- und Gasunternehmen der GOGEL folgen. Im Zuge der Transformationskampagne werden 2022 außerdem auch sogenannte Stiftungsfonds auf klimaschädliche und kontroverse Unternehmen geprüft und in die Datenbank aufgenommen.

Tiefpunkt 2021

Auch 2021 haben wir aufgrund der Pandemie keine Messen besucht.

Veröffentlichungen



Finance against Future – Machen wir die Finanzwelt kohlefrei

Nils Bartsch, Agnes Dieckmann, Katrin Ganswindt, Dr. Barbara Happe, Alina Hilzinger et al.

Herausgeber: urgewald e.V.

Juni 2021

Link: <https://www.urgewald.org/shop/finance-against-future>

Die Kohleindustrie ist weiterhin auf Expansionskurs – finanziert von Banken und Investoren, abgesichert durch Versicherungskonzerne. Das Pariser Klimaabkommen verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, die globalen Finanzströme so zu lenken, dass sowohl öffentliche als auch private Investitionen die Umsetzung der Klimaziele unterstützen. Geld in eine gewünschte Richtung zu lenken, ist richtig. Doch ebenso müssen die Finanzströme in die fossilen Industrien radikal gestoppt werden.

Die Broschüre macht nicht nur die verheerenden Konsequenzen des weltweiten Kohleabbaus und der Kohleverstromung deutlich. Sie zeigt auch die große Verantwortung auf, die die Finanzindustrie im Kampf gegen die Klimakatastrophe hat. Außerdem liefert sie anhand von Divestmentstrategien Lösungsansätze für die Beendigung fossiler Geschäfte.

Moment des Jahres

Nach monatelanger Arbeit an der Broschüre war es für uns eines der Highlights 2021, die druckfrische Broschüre in den Händen zu halten.

„Die Finanzierung einer stark wachsenden Organisation ist eine herausfordernde Aufgabe – gerade in unsicheren Zeiten. Wir danken allen Menschen und Organisationen, die mit Spenden, Förderbeiträgen, Zustiftungen, Projektförderungen, mit Kontakten, Empfehlungen oder auf andere Art und Weise dazu beigetragen haben, dass wir auf ein erfolgreiches 2021 zurückblicken können. Danke!

2021 Finanzbericht

Finanzbericht 2021

von Andrea Soth

Ein weiteres Pandemiejahr liegt hinter uns. Bei urgewald war es ein ausgesprochenes Wachstumsjahr. 11 (!) neue Kolleg*innen kommen ins Team, ein neues, größeres Berliner Büro wird bezogen und ein eigener Server sorgt für bessere Datensicherheit. GOGEL geht an den Start und vieles mehr. Das alles ist nur möglich dank der tollen Unterstützung unserer Spenderinnen und Spender! Wir können es nicht oft genug sagen: Danke schön!



Aktiva: Das Anlagevermögen umfasst Softwarelizenzen, Geschäftsausstattung, die EDV und technische Geräte. Finanzanlagen sind Anteile an einem Windpark, die uns ein Förderer geschenkt hatte, sowie die (teilweise) Vermögensanlage von Rücklagen in Aktien und Anleihen. Für die Darstellung unserer Research Datenbank GCEL auf der Webseite wurden IT-Dienstleistungen benötigt. Diese Position wird mit einer Nutzungsdauer von 10 Jahren abgeschrieben und findet sich bei den immateriellen Vermögensgegenständen. Das Umlaufvermögen enthält u. a. durch Inventur ermittelte Werte vorhandener Materialien. Forderungen sind u.a. noch zu erwartende Eingänge aus zugesagten Förderungen, die noch nicht ausgezahlt wurden. Die Positionen Kasse und Bank summieren sämtliche Bar- und Bankguthaben, auch Rücklagen sowie bereits vorhandene Projektmittel für Folgejahre sind hierin enthalten.

Passiva: Das Vereinsvermögen ist ein buchhalterisch gebildeter Wert aus dem laufend zu verwendenden Vermögen, Vortrag des Vorjahresergebnisses und den gesetzlich gebildeten freien Rücklagen sowie die Projektmittellrücklagen. Rückstellungen und Verbindlichkeiten werden für erwartete Zahlungsverpflichtungen gebildet. Die Position „Passiver Rechnungsabgrenzungsposten“ summiert alle für Folgejahre bereits eingegangenen Projektmittel sowie alle noch nicht eingegangenen, aber vertraglich zugesagten Mittel für Folgejahre, deren zukünftige Kosten in dieser Position abgegrenzt werden und damit eine periodengerechte Zuordnung von Projektmitteln erfolgt.

Bilanz

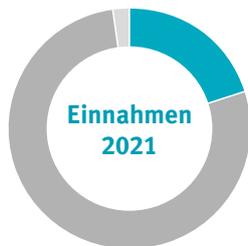
AKTIVA	2020	2021
A. Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.339,00 €	61.490,00 €
Sachanlagen	51.168,00 €	57.610,00 €
Finanzanlagen	129.878,19 €	151.530,66 €
B. Umlaufvermögen		
Vorräte	7.231,72 €	7.231,72 €
Forderungen, sonst. Verm. Gegenstände	913.879,56 €	693.167,51 €
Kasse, Bank	3.044.994,09 €	3.201.242,24 €
Summe AKTIVA	4.150.490,56 €	4.172.272,13 €

PASSIVA	2020	2021
A. Vereinsvermögen		
Vereinskapital	91.846,17 €	91.846,17 €
Gewinnrücklagen	1.820.219,24 €	1.728.459,92 €
Ergebnisvorträge	-72.464,78 €	859.437,00 €
B. Rückstellungen	23.774,43 €	30.287,59 €
C. Verbindlichkeiten	45.646,89 €	120.129,39 €
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.241.468,61 €	1.342.112,06 €
Summe PASSIVA	4.150.490,56 €	4.172.272,13 €

Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen	2020	2021
Spenden & Förderbeiträge	718.544,55 €	799.960,56 €
Zuschüsse	1.758.387,28 €	3.064.425,86 €
sonstige ideelle Einnahmen	1.322,26 €	2.499,87 €
Vermögensverwaltung	9.142,84 €	10.853,24 €
Zweckbetrieb (Verkauf)	32.380,46 €	69.638,90 €
Sonstige Geschäftsbetriebe	2.123,10 €	511,29 €
Gesamt	2.521.900,49 €	3.947.889,72 €

Ausgaben	2020	2021
Abschreibungen	26.479,71 €	44.551,83 €
Personalkosten	1.393.813,38 €	2.029.090,41 €
Reisekosten	77.474,18 €	46.926,92 €
Miete und Nebenkosten	44.475,20 €	96.623,08 €
Übrige Ausgaben	1.157.260,57 €	879.147,76 €
Gesamt	2.699.503,04 €	3.096.340,00 €
Jahresergebnis	-177.602,55 €	851.549,72 €
Einstellung in die Rücklagen	105.137,77 €	7.887,28 €
Ergebnisvortrag	-72.464,78 €	859.437,00 €



**Einnahmen
2021**

20,26%
Spenden &
Förderbeiträge

77,62%
Zuschüsse

2,12%
Sonstiges

Erläuterung zu den Einnahmen

Im Vergleich zum Vorjahr konnten wir unsere Einnahmen signifikant steigern. Dabei machen Spenden und Förderbeiträge und die Zuschüsse internationaler Förderstiftungen den Löwenanteil unserer Einnahmen aus. Damit auch die zusätzlichen Recherchekapazitäten für GOGEL langfristig planbar sind, freuen wir uns, dass sich so viele Menschen mit einer „Beteiligung“ oder als „Gesellschafter“ gleich für mehrere Jahre engagieren. Auch die tolle GOGEL-Weihnachtsaktion der Schönauer EWS hat noch vor dem Jahreswechsel zusätzliche Spenden für uns generiert. Am Ende des Jahres kommen zwei größere Zusagen von Förderstiftungen für 2022, sodass wir trotz gewachsenem Team und gestiegenen Kosten zuversichtlich auf 2022 schauen können.

Auf der Ausgabenseite fallen natürlich die gestiegenen Personalkosten ins Gewicht. Reisekosten fielen weniger an, Corona – wie überall. Büromiete, Ausstattung neuer Arbeitsplätze und sämtliche Kampagnenkosten sind in der Position „Übrige Ausgaben“ erfasst.

Unseren Förder*innen und Spender*innen verdanken wir vieles: Durch ihren Rückhalt verfügen wir über die Freiheit, genau da aktiv zu werden, wo wir es am wichtigsten finden. Nur so können wir schnell und unbürokratisch Pläne an aktuelle Entwicklungen anpassen, Neues ausprobieren und spontan helfen, z. B. auf konkrete Problemlagen bei unseren Partnern – Aktivist*innen und NGOs - weltweit reagieren. 2021 unterstützten uns insgesamt 3.561 Menschen durch einzelne oder regelmäßige, durch große und kleine Spenden. Ganz großartig sind die festen Zusagen von 2.002 Fördermitgliedern. Sie geben uns mit der Zusage ihrer Förderbeiträge über insgesamt 241.000 Euro einen verlässlichen Rückhalt für 2022.

Die meisten Spenden erhalten wir von Menschen „wie du und ich“ – es sind Beträge von einigen Euro bis 499 Euro jährlich – diese Schwarmfinanzierung leistet einen ganz wesentlichen Beitrag und wir sind für jeden Euro dankbar.

Doch natürlich tun uns auch die großen Spenden richtig gut. Die größeren Spenden des Jahres 2021 fallen in folgende Kategorien:

- zwischen 500 und 1.000 Euro – spendeten 141 Personen
- mehr als 1.000 Euro – erhielten wir von 107 Personen

Unsere Finanzierung wird auch durch die Förderung durch andere gemeinnützige Institutionen und Stiftungen getragen. 2021 erhielten wir Fördermittel von folgenden Stiftungen, Partner- und Förderorganisationen:

Grassroots Foundation (D)
The Sunrise Project (AUS)
Brot für die Welt (D)
Open Society Foundation (USA)
Olin gemeinnützige GmbH (D)
KR-Foundation (DK)
Misereor (D)
Mott Foundation (USA)
Oak Foundation (CH)
Energy Transition Fund (USA)
European Climate Foundation (NL)
urgewald Stiftung
Stiftung Zukunft Jetzt!
Sequoia Climate Foundation

Wir freuen uns ganz besonders darüber, dass wir zur mittel- und langfristigen Absicherung von urgewald e.V. im Januar 2019 mit knapp 300.000 Euro Gründungskapital die urgewald-Stiftung gründen konnten – hierzu haben sich „alte Bekannte“ und neue Engagierte als Gründungstifter*innen zusammengefunden. Seitdem kamen im Laufe des Jahres weitere Menschen und weitere Zustiftungen hinzu, Ende 2021 betrug das Vermögen der urgewald-Stiftung bereits fast 1,7 Mio. Euro.

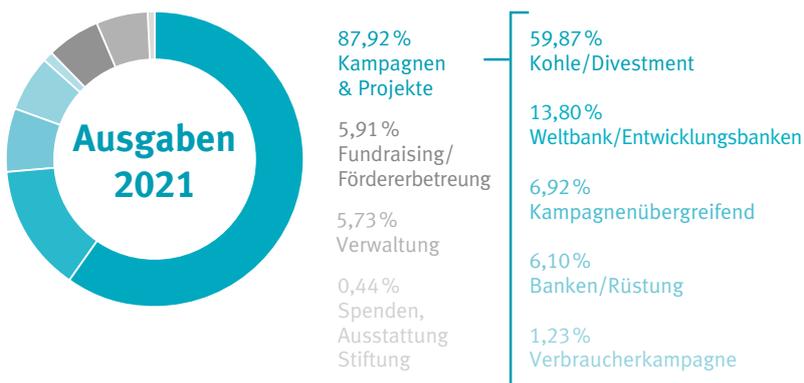
Ausgaben nach Arbeitsbereichen	2020	2021
Kampagnen & Projekte	2.136.411,04 €	2.722.239,48 €
Kohle/Divestment	1.086.487,53 €	1.853.896,66 €
Weltbank/Entwicklungsbanken	475.817,00 €	427.190,83 €
Banken/Rüstung	195.036,00 €	188.995,06 €
Verbraucherkampagne	17.126,51 €	37.937,64 €
Kampagnenübergreifend	361.944,00 €	214.219,30 €
Spenden, Ausstattung Stiftung	202.160,00 €	13.700,30 €
Verwaltung	226.468,00 €	177.527,75 €
Fundraising/Fördererbetreuung	134.464,00 €	182.872,47 €
	2.699.503,04 €	3.096.340,00 €

Erläuterungen zu den Ausgaben

In die Recherche- und Kampagnenarbeit fließt das meiste Geld: Weltbank und andere Entwicklungsbanken, die Arbeit zu den fossilen Industrien und zu Investoren, zu Rüstung und die Verbraucherkampagne. Aber natürlich brauchen wir auch eine funktionierende Verwaltung und gute technische Infrastruktur, um unsere Aufgaben zu erfüllen. Unsere Fundraising-Maßnahmen und die engagierte Arbeit unseres Teams Spender*innenbetreuung sorgen dafür, dass Spenden verbucht werden, dass regelmäßige Förderbeiträge fließen und vor allem, dass sich Unterstützer*innen bei uns wirksam und wertgeschätzt fühlen!

Unsere Beschaffungsregeln:

Bei der Materialbeschaffung, bei Veranstaltungen und der Auswahl von Dienstleistern sind uns nachhaltige Anbieter und ökologische Produkte wichtig. Seit vielen Jahren nutzen wir ausschließlich Recyclingpapier und Ökostrom, unser Spendenkonto ist bei einer Nachhaltigkeitsbank. Bei urgewald-Veranstaltungen und Teamtreffen gibt es vegetarisch / vegane Verpflegung und ein Biohof aus der Region beliefert uns wöchentlich mit frischem Obst und Snack-Gemüse. Selbstverständlich nutzen wir vorwiegend öffentliche Verkehrsmittel. Wo es sich nicht vermeiden lässt, sind Flugreisen möglich – doch im Jahr 2021 spielten sie keine große Rolle.



Kontakt

**Von-Galen-Straße 4
48336 Sassenberg
Telefon 02583 30492-0**

Spenden:

**GLS Bank
IBAN DE85 4306 0967 4035 2959 00
BIC GENODEM1GLS**

www.urgewald.org